

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 17.

Sonnabend, den 20. Januar 1912.

19. Jahrg.

## Achtung, Reichstagswähler im Fürstentum Lübeck!

Am Montag, dem 22. Januar, von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends findet die Stichwahl zwischen dem Fortschrittler und unserm Genossen Stelling statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß am Montag unsere Freunde und die Anhänger unserer Sache vollzählig an der Wahlurne erscheinen. Niemand darf fehlen! Niemand darf zu spät kommen! Punkt 7 Uhr ist Schluß der Wahlhandlung.

Also auf zur Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten

## Johannes Stelling in Lübeck.

Hierzu zwei Beilagen.

1887—1912.

I. V. Ein Substitut besonderer Art ist in diesen Tagen zu begehren: vor einem Vierteljahrhundert stand Deutschland im Zeichen der Faschingswahlen. Am 14. Januar 1887 hatte Bismarck den Reichstag aufgelöst, ein Wahlkampf setzte ein, wie ihn Deutschland noch nicht erlebt hatte, am 21. Februar fiel die Entscheidung, die die Schmach des liberalen Bürgertums besiegelte.

Warum mühte damals der Reichstag aufgelöst werden? Weil es für Bismarck galt, mit allen Mitteln den Zusammenbruch seines Systems hinauszuschieben, es war die Kräfteprobe die der Gewaltmensch aufstellte, die Belastungsprobe darauf, wie viel sich das deutsche Bürgertum bieten lasse. Das Jahr 1886 war ein Jahr der wahnsinnigsten Verfolgungen der Arbeiterbewegung. Im April war der berühmte Streikertag Puttkamers ergangen, der die Behörden zur brutalen Niederknüttelung der Gewerkschaften aufforderte. Im Reichstage gaben Bamberger für die Liberalen und Windthorst für das Zentrum ihren Segen dazu. Der bürgerliche Klüngel jubelte dem Polizeischwengel Puttkamer zu, als er erklärte, „hinter jedem Streik lauert die Hydra der Revolution“. Am 4. August des gleichen Jahres verurteilte das Freiburger Landgericht Auer, Bebel, Frohme, Ulrich, Bierck und Bollmar zu je 9, Diez, Heinzel und Müller zu je 6 Monaten Gefängnis wegen angeblicher Geheimbündelei. Damit setzte eine neue Hochflut der Geheimbundprozesse ein, die ein Hohn auf Recht und Gerechtigkeit waren. Das deutsche Bürgertum und der deutsche Reichstag ließen es schweigend geschehen, daß derart der Absolutismus des Polizeiknüppels zur Herrschaft kam.

Aber gerade deshalb, weil derart Bismarck gesiegt hatte auf der ganzen Linie, zitterte er um seine Macht. Das System konnte nur weiter bestehen, wenn der Reichstag auf allen Gebieten gefügig blieb. Es galt die Probe zu machen. Trotzdem das Gesetz über die Heeresstärke erst 1888 abließ, wurde dem Reichstag im November 1886 eine neue Heeresvorlage vorgelegt; die Regierung forderte die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 41 145 Mann und des Militäretats um 23 Millionen Mark, und zwar forderte sie ein „Septennat“, die Festlegung auf sieben Jahre. Die bürgerlichen Parteien waren bereit, alles zu bewilligen, jeden Mann und jeden Groschen, nur konnten die Freisinnigen und das Zentrum sich nicht entschließen, das Septennat zu bewilligen, weil sie damals noch nicht den Mut hatten, die Rechte der Volksvertretung derart preiszugeben, daß sie das Parlament für Jahre hinaus festlegten. Sie versuchten zu schachern: sieben Jahre forderte die Regierung, sie bewilligten drei Jahre, weil damals noch die dreijährige Legislaturperiode galt und so jedem neugewählten Reichstag die Entscheidung blieb. Bismarck ergriff die Gelegenheit und löste den Reichstag, nachdem dieser in der zweiten Lesung das „Triennat“ statt des „Septennats“ beschloffen hatte, auf.

Eine unerhörte Hege begann. Den Wählern wurde weisgemacht, die Gegner des Septennats wollten Deutschland wehrlos machen, wer gegen die Regierungsparteien stimme, der trage die Schuld, wenn alsbald die Franzosen ins Land hereinkämen. Wahlplakate wurden verhängt, auf denen dargestellt war, wie der wilde Türke

dem deutschen Michel die letzte Kuh aus dem Stalle holt. Die Spekulation Bismarcks auf die Blindheit und Feigheit des Wahlvolkes gelang vollständig. „Mit der Angst um die letzte Kuh, die von den Türken geholt werden würde, brachte er den letzten Ochsen aus dem Hause; über 1 1/2 Millionen Stimmen mehr als bei irgend einer früheren Wahl wurden am 21. Februar abgegeben und der Faschingsstag gebar eine Kartellmehrheit.“ (Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.)

Der ganze Hammer des deutschen Liberalismus eberrat bei den Stichwahlen zutage, und das ist heute, 25 Jahre nach den Faschingswahlen, besonders lehrreich.

Die Sozialdemokratie, die einzige Partei, die den Kampf mit aller prinzipiellen Schärfe führte, trotz der wahnsinnigen Angstmeierei mit aller Entschiedenheit gegen den Militarismus und für den Völkerrfrieden kämpfte, hatte bei der Hauptwahl glänzend abgeschnitten. Sie hatte 763 128 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinhigt, rund 213 000 Stimmen mehr, als bei der Wahl von 1884. Durch diese begeisterte Agitation war auch das Resultat in bezug auf die Stimmen nicht zur Schande des deutschen Volkes ausgefallen: 3 1/2 Millionen Stimmen waren für die Kartellparteien abgegeben, 4 Millionen für die Opposition. In bezug auf die Mandate lag es freilich anders: das Kartell erhielt eine kleine Mehrheit. — Dadurch erhielten die Stichwahlen eine besondere Bedeutung; hielten die Oppositionsparteien stand, dann konnte es gelingen, diese Mehrheit auf eine so geringe Stimmenzahl zu beschränken, daß sie schwankend und unzuverlässig wurde. Es kam auf die Freisinnigen an. Sie hatten es in der Hand, wenigstens die Ehre zu retten.

Das sozialdemokratische Zentralwahlkomitee (Grillenberger, Hasenclever, Liebknecht, Meister und Singer) gab eine klare und mannhafte Parole: die sozialdemokratischen Wähler wurden aufgefordert, bei der Stichwahl für alle Kandidaten der bürgerlichen Opposition zu stimmen, die sich verpflichteten, für das allgemeine Wahlrecht einzustehen und gegen das Ausnahmegesetz zu stimmen. Und diszipliniert wie immer, haben damals unsere Genossen die freisinnigen Hasenkühe herausgehauen; sie erzwangen es ihnen, 32 Mann stark in den Reichstag einzuziehen. Was aber taten die Freisinnigen? In 18 Wahlkreisen standen die Sozialdemokraten in Stichwahl: in Berlin III und in Kiel gegen die Freisinnigen, in allen anderen gegen das Kartell. In Berlin und Kiel bettelten diese Heiden um die Hilfe des Kartells offen und schäbig, und in allen übrigen Kreisen stimmten sie gegen uns! So kam es, daß nur fünf der gefährdeten Kreise von der Sozialdemokratie erobert wurden, etwa 10 Mandate spielten die Freisinnigen Bismarck in die Hände und sicherten ihm dadurch erst die sichere Mehrheit.

Die Sozialdemokratie hat bei der Faschingswahl Mandate verloren, statt der 24, die 1884 gewählt waren, zogen 1887 nur 11 Vertreter des Proletariats in den Reichstag. Aber eine Viertel Million mehr Stimmen und 13 verlorene Mandate, das war das Kennzeichen der Wahl. Der Freisinn rettete mit Hilfe der Sozialdemokratie 32 Mandate, aber auf dem Kampfplatz blieb der letzte Rest von politischer Reputation.

Und die Nationalliberalen? Nun, sie heimteten den Preis ein für ihren niederträchtigen Verrat. Im Bündnis mit den Konservativen, als politische Knechte des Junkertums, zogen sie, 98 Mann stark, in den Reichstag der Faschingswahl, 47 Mandate hatten sie ergaunert. Aber es war ein „Sieg“, der ihnen den Todesstoß gab: unrett-

bar sahen sie dahin, an der allgemeinen Verachtung sterben sie als Partei eines qualvollen Todes.

Das Volk hat den Sieg Bismarcks damals teuer bezahlt. Das Septennat wurde bewilligt, 140 Millionen Mark neue Steuern wurden dem Volke aufgebürdet und gleichzeitig begann die Plünderung zugunsten der Liebesgabenempfänger: der Kartellreichstag führte die Liebesgaben für die Schnapsbrenner und die Junkerbarone ein.

Heute, 25 Jahre nach der Faschingswahl, stehen 4 1/2 Millionen Stimmen auf Seiten der revolutionären Sozialdemokratie, und stolz erhobenen Hauptes denken wir bei Kämpfen von dazumal, indem wir neuen Kämpfen entgegengehen. Wie vor 25 Jahren aber stehen die Wähler bei den Stichwahlen vor einer wichtigen Entscheidung. Es gilt, für oder gegen die Reaktion Stellung zu nehmen. Daß die Führer der liberalen Parteien die geschichtlichen Lehren aus jener Zeit beherzigen, darauf wagen wir nicht zu hoffen. Um so mehr aber haben die Wähler die Pflicht, alles daran zu setzen, um die Reaktion niederzuringen.

### Politische Rundschau.

Deutschland.

#### Sozialdemokratische Stichwahlparolen.

Nachdem Herr von Schubert, Stumms Nachfolger und Schwiegerohn, der nationalliberale Kandidat im Wahlkreis Dittmer-Neunkirchen sich bereit erklärt hat, die Senner Stichwahlbedingungen restlos zu unterschreiben, hat die sozialdemokratische Partei im dortigen Wahlkreis für Schubert gegen das Zentrum Parole ausgegeben.

In den oberschlesischen Stichwahlen zwischen Polen und Zentrum gilt für die Sozialdemokratie die Parole: Wahlenthaltung.

#### Die rheinischen Scharfmacher für das Zentrum.

Aus zuverlässiger Quelle wird uns mitgeteilt, daß die Rechtsnationalliberalen in Düsseldorf alles daran setzen wollen, den Wahlkreis der Sozialdemokratie in der Stichwahl zu entreißen. Sie wollen aktiv in den Kampf eingreifen und bedeutende Geldmittel opfern, um ihr Ziel zu erreichen. Die Sozialdemokratie kann diesem Beginnen ruhig zusehen. Gibt die liberale Vereinigung Düsseldorf eine Parole in diesem Sinne aus, so bedeutet das, genau wie in Köln, die Zertrümmerung der Parteiorganisation. Der Erfolg dürfte aber auch in diesem Falle nicht auf Seite der Scharfmacher, sondern bei der Sozialdemokratie sein. Wahrscheinlich werden aber auch die liberalen Wähler, soweit sie nicht selbst Scharfmacher sind, auf die Scharfmacherparole einfach pfeifen!

#### Zentrumsdruck auf die Nationalliberalen.

Die „Germania“ fordert die Zentrumsanhänger im Wahlkreis Sorau-Fors auf, den nationalliberalen Kommerzienrat Bach durchfallen zu lassen, wenn sich die Nationalliberalen in Angsburg nicht verpflichten, in der Stichwahl für den Zentrumsmann zu stimmen. Also auch das Zentrum scheint nicht gewillt zu sein, selbstlos „Chron und Altar zu schütten“. Es vergißt aber dann, daß die Liberalen in Bayern ein Stichwahlabkommen gegen das Zentrum mit der Sozialdemokratie geschlossen haben, das sie verpflichtet.

Anten-Vertel ist nicht nur ein gemütsiefer Lyriker und ein phrasenkundiger Fabrikant von Festartikeln, die von drüßlich-germanischer Salbung tiefen, er ist auch ein großer Rechenkünstler, ein Zahlgenie ersten Ranges. Die obenstehende Gleichung ist seine ureigenste Erfindung. Vier und eine Viertel-Million sind für ihn nichts, Null, sogar weniger als Null, — wenn diese 4 1/4 Millionen nämlich sozialdemokratische Reichstagswähler sind.

Vertel, der Held der Anten und der Zahlen, kalkuliert folgendermaßen:

Die liberale Presse berechnet 7 1/2 Millionen gegen den schwarz-blauen Block abgegebene Stimmen. Das liberale Exempel ist falsch. Denn „nach der alten Regel der nationalen Parteien“ sind „sozialdemokratische Stimmen nicht mitzuzählen, wenn man das Kräfteverhältnis der deutschen Bevölkerung vergleicht“. Darum heraus mit den 4 1/4 Millionen aus dem liberalen Rechenexempel. Es ergibt sich dann das Fazit, daß der schwarz-blaue Block 4 Millionen Stimmen aufweist, die liberalen Parteien aber nur mit 3 1/2 Millionen antreten können. Womit klar, deutlich und zahlenmäßig bewiesen ist, daß die Mehrheit des deutschen Volkes für das väterliche konservativ-zentrierte Regiment ist.

Das arithmetische Kunststück des agrarischen Sancho Panza übertrifft nicht nur — um mit Frh. Reuter zu reden — durch seine „Richtigkeit“, sondern auch durch seine Fügigkeit. Merkt es euch, ihr sozialdemokratischen Reichstagswähler, ihr seid nichts, ihr seid Luft für Vertel und seinesgleichen, und zwar so lange, bis durch diese dicke Null einmal ein recht kräftiger Strich gemacht wird.

Mugdans Los.

Zur Stichwahl Görlitz-Landau geben der konservative Verein und der Bund der Landwirte bekannt, daß sie eine Stichwahlhilfe für die Freistimmen ablehnen, wegen Nichtbewilligung einer Gegenleistung in Schweidnitz-Striegau. Sie überlassen jedem Wähler Stellung zur Stichwahl, fordern aber: keine Stimme für den Sozialdemokraten.

Die Stichwahl des Herrn v. Oldenburg.

Die „Post“ stellt fest, daß der Gegenkandidat des Herrn v. Oldenburg, Stadtforsrat Schröder, der Leitung der Reichspartei gänzlich unbekannt sei. Die Behauptung des Schröder, die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen unterschrieben zu haben, wird mit der Bemerkung begründet, daß eine Unterwerfung unter diese Bedingungen mit dem Programm der Reichspartei ganz unvereinbar sei.

Es geht uns Ganze!

In 103 Stichwahlen kann das deutsche Volk dem schwarz-blauen Block noch 103 Niederlagen bereiten. Von heute stattfindenden 77 Stichwahlen steht der schwarz-blaue Block in 55 zur Wahl. Durch eine wirkliche Front gegen links kann der schwarz-blaue Block pulverisiert werden.

Arrache!!

Die Haltung des „Berl. Tagebl.“ erweckt die höchste Wut der vereinigten Reaktion. Der drüßlich den Nächsten liebende „Reichsbote“ fordert das Bahnhofer verbot des „Berliner Tageblattes“ und die „Germania“ erneuert das Blatt sogar tagfrei zum Organ des — Judenblocks. So bringt der Wahlkampf noch sein Heiteres.

Bruch raus!

Im bisherigen Wahlkreise des Antisemiten Bruhn wollen die Liberalen den Konservativen v. Schuckmann, der mit Bruhn in der Stichwahl steht, unterstützen. Damit ist Bruhn als Abgeordneter erledigt.

Kein Wiener ohne Raab.

Nach der „Deutschen Tagesztg.“ haben die rechtsstehenden Parteien in Nordhausen erklärt, nur dann für Dr. Wiemer einzutreten, wenn der Freisinn in Schwere sich verpflichten würde, geschlossen für den deutsch-sozialen Raab zu stimmen.

In Anhalt

gibt die Demokratische Vereinigung in beiden Kreisen die Parole für die Sozialdemokraten aus.

Die Fortschrittler gegen rechts.

Nach einer Meldung der „S. Z. am Mittag“ wollen die Fortschrittler in den schlesischen Wahlkreisen Striegau, Landshut, Sagan, Rotenburg, Grünberg und Rattowitz für die sozialdemokratischen Kandidaten eintreten.

Vermögen werden nicht besteuert.

Die Ergänzungsteuer in Preußen ist so gering, daß man sie getrost einen Hohn auf eine Besteuerung der Vermögen nennen kann. Sie beträgt bei einem Vermögen von 190 000 bis 200 000 Mk. erst — 125 Mark 40 Pfg. Aber dafür muß der arme Leufel schon bei 900 Mark Einkommen Steuern zahlen und die indirekten Steuern — welche Gerechtigkeit! — treffen den Arbeiter mit denselben, ja in Folge der größeren Kinderzahl sogar noch mit höheren Beträgen wie die Reichen. Und da verlangt die Regierung, daß das Volk für die Aufrechterhaltung, ja Verschärfung solcher Zustände stimme!

Der Zweck der Stichwahlanarchie

wir aus folgender Hanauer Meldung des „Berl. Lokal-Anzeigers“ klar:

Der Landesauschuß der deutsch-sozialen Partei für Kurhessen beschloß: Wählt die Fortschrittliche Volkspartei am Sonnabend den deutsch-sozialen Kandidaten Raab in Schwere nicht, dann proklamiert die deutsch-soziale Partei für die am Montag in Weimar, Meiningen, Nordhausen und Frankfurt a. M. stattfindenden Stichwahlen strikteste Wahlenthaltung und läßt die fortschrittlichen Führer Sanders, Dr. Müller-Meiningen und Dejer in Frankfurt durchfallen.

Die Auseinandersetzung der Stichwahlen soll nur der Rechten Erpressungen ermöglichen. Anders kann sie eben nichts mehr gewinnen. Wähler, einen Hieb durch diese Absicht!

Im Wahlkreise Kalaun-Luchau (Kandidat Gen. Wels) proklamieren die Nationalliberalen Stimmenfreigabe, die Fortschrittler Eintreten für den Sozialdemokraten, ebenso in Kottbus (Stichwahl Soz.-Reichspartei). Die Protestbewegung gegen die nationalliberale Parole für den Agrarierhäuptling Roske in Pöbn wird immer schärfer. — Dagegen wollen die Nationalliberalen der Provinz Sachsen den blauschwarzen Karren aus der Substanz herausziehen, in die sich selbst hineinlegen.

Nieder mit den Wahlrechtsfeinden!

Gegen das Reichstagswahlrecht wird bereits in der freikonservativen „Post“ Stimmung gemacht. Ein Artikel des Kontre-Admirals z. D. Kalaun vom Hofe schließt mit den Worten:

„Das Dreiklassenwahlrecht ist schlecht, aber die Schaffung von organisch gegliedertem Ober- und Unterhaus sehr wohl möglich. Das unbegrenzte Reichstagswahlrecht aber ist das denkbar schlechteste.“

Nach schärfer sprach sich der konservative Frhr. v. d. Horst im Wahlkreise Minden-Lübbecke aus. Der „Mindener Ztg.“ wird darüber aus dem Amt Levern berichtet:

„Die Konservativen zeigen in unbewachten Augenblicken ihr wahres Gesicht; so hielt der konservativ-agrarische Frhr. v. d. Horst aus Halberm vor der Hauptwahl in Wehden eine Versammlung ab und sprach sich dahin aus, daß das Reichstagswahlrecht in ein Dreiklassenwahlrecht abgeändert werden müsse. Das heutige Wahlrecht zum Reichstage sei ungerecht, denn er, der Großgrundbesitzer, besitze nicht mehr Stimmrecht, als jeder Hausierer.“

Eine starke Rechte im neuen Reichstage bedeutet eine Gefährdung des Wahlrechts!

Das Zentrum für Wahlrechtsschaffung der Beamten.

Die „Köln. Volksztg.“ schreibt:

„Während bekanntlich die einzelnen Reichsämtler vor der Stimmabgabe für einen Sozialisten gewarnt haben, hat die im Auftrage des Kaisers und des Reiches amtierende elsass-lothringische Regierung sich nicht nur jeder Kundgebung enthalten, sondern es konnte ein seither durch die Regierung in die Erste Kammer berufener Politiker neulich durch ein Zirkular verkünden, man habe an maßgebender Stelle gar nichts dagegen, daß die Beamten für den Sozialisten stimmen.“

Die „Post. Ztg.“ erinnert daran, daß die Sozialdemokraten das Zustandekommen der elsässischen Verfassung ermöglicht haben.

Der Handel im Westen

scheint auch ziemlich weit gebrochen zu sein. Dem „Berl. Tageblatt“ wird aus Essen gemeldet, daß der Vorstand der Nationalliberalen Partei Westfalens beschloffen hat, mit dem Zentrum in Verhandlungen einzutreten behufs gegenseitiger Unterstützung in den Wahlkreisen Dortmund-Hörde, Bochum-Gelsenkirchen, Essen und Duisburg-Mülheim. Die Verhandlungen werden aus der Basis geführt, daß die Nationalliberalen dem Zentrum in Dortmund-Hörde und Essen Stichwahlhilfe leisten und dieses dafür die Nationalliberalen in Bochum-Gelsenkirchen und Duisburg-Mülheim unterstützt. Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse im Wahlkreis Saarbrücken, wo Baffermann auf die Sozialdemokratie angewiesen ist, wird Köln in das Wahlabkommen nicht eingeschlossen. Bezeichnend ist, daß die Nationalliberalen hier die Bittenden sind. In Essen und Dortmund-Hörde sind in den für die nationalliberalen Kandidaten abgegebenen Stimmen ein gut Teil volksparteilicher enthalten, und das „Berliner Tageblatt“ hält es für ganz selbstverständlich, daß die Fortschrittliche Volkspartei nicht für die Kandidaten des Zentrums stimmen wird, sondern gegen den schwarz-blauen Block.

Die Stichwahlen in Württemberg.

Die Stellung der Parteien zu den am Montag stattfindenden Stichwahlen hat sich nunmehr vollständig geklärt. Die Parole des Zentrums, die auf Unterstützung der Bündler und auf Wahlenthaltung zwischen liberalen und sozialistischen Kandidaten lautete, wurde schon gemeldet. Am Freitag erließ der sozialdemokratische Landesvorstand die Aufforderung, im 8., 11. und 14. Wahlkreise mit allen Kräften für die Kandidaten der Volkspartei und gegen die des schwarz-blauen Blocks einzutreten. Im 4., 5. und 10. Kreis, wo die Sozialdemokratie einen früheren Besitzstand zu vertreten hat, empfiehlt der Landesvorstand, alle Kräfte aufzubieten, um das Mandat wieder in unsere Besitz zu bringen. Im 6., 7. und 9. Kreis soll der Kampf unter Berücksichtigung der augenblicklichen Konstellation der Parteien und der Lage im Reich zu Ende geführt werden. Die Erklärung des Landesvorstandes enthält zugleich die Mitteilung, daß die Fortschrittliche Volkspartei sich verpflichtet habe, die Sozialdemokratie im 3. Kreise mit allen Kräften zu unterstützen. In Übereinstimmung hiermit erläßt der Wahlkreisauschuß der Fortschrittlichen Volkspartei für den 3. Kreis am Freitag die entsprechende Aufforderung an die Wähler, geschlossen ihre Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten Feuerstein abzugeben. Die Nationalliberalen dagegen haben sich mit den konservativen Bündlern verständigt; sie unterstützen den konservativen Kandidaten im 3. Kreise und empfangen dafür die Hilfe des Bundes der Landwirte im 4. und 5. Kreise. — Die liberale Einigung ist also bei den Stichwahlen in die Brüche gegangen, was bei dem reaktionären Charakter der württembergischen Nationalliberalen nicht überraschen kann. Trotzdem die Nationalliberalen seit 2 1/2 Jahren über die Herrschaft des schwarz-blauen Blocks zetern, unterstützen sie jetzt dessen extremsten Kandidaten.

Nationalliberale Vernunft.

Aus Ludwigsbafen wird uns gemeldet: Die nationalliberale Partei des Kreises Kaiserslautern lehnt es mit Rücksicht auf die politische Lage und im Hinblick auf die Haltung des Bundes der Landwirte bei den Wahlen zum bayrischen Landtage, durch die er die Beteiligung der Zentrumsmehrheit zu vereiteln sucht, ab, die Kandidatur Dr. Köstke zu unterstützen. Sie fordert die nationalliberalen Wähler auf, sich bei der Stich-

wahl zwischen dem Sozialdemokraten Hofmann und dem Bündler Köstke der Abstimmung zu enthalten. Da die Fortschrittliche Volkspartei zur Stimmabgabe für unseren Genossen Hofmann auffordert, ist der Sieg der Sozialdemokratie als gesichert zu betrachten. Die gemeinsame Kandidatur der Bündler und des Zentrums in Neustadt-Landau ist in letzter Stunde wegen Aussichtslosigkeit zurückgezogen. Zentrun und Bündler fordern zur Stimmenthaltung oder Abgabe weißer Stimmzettel auf. Damit kann der Liberal als gewählt betrachtet werden.

Nationalliberale Schande.

Die Vertrauensmänner-Versammlung der nationalliberalen Partei des Reichstagswahlkreises Höchst-Homburg hat beschloffen, für den Zentrumskandidaten Fischer einzutreten, nachdem der Vorstand der nationalliberalen Partei als Gegenleistung die Unterzeichnung der nationalliberalen Kandidatur Bartlings im Wahlkreise Wiesbaden zugesagt hat. Ohne Gegenleistungen treten wohl auch die Breslauer Schwarzblauen nicht für den Stadtrat Grund ein.

Die nationalliberale Partei Württembergs und die konservative Partei sowie der Bund der Landwirte haben beschloffen, sich gegenseitig Stichwahlhilfe gegen die Sozialdemokratie zu leisten. Dementsprechend soll der konservative Kandidat Dr. Wolff im dritten Wahlkreise Heilbronn, der früher durch Naumann vertreten war, von den Nationalliberalen unterstützt werden, wogegen die nationalliberalen Kandidaten Reinath und List in den Wahlkreisen Böblingen und Ehlingen von den Konservativen und dem Bund der Landwirte Hilfe erhalten.

Der Landesverband der nationalliberalen Partei Südhüringen hat nunmehr für die Stichwahlen in den Wahlkreisen Meiningen I, Weimar I, Jena-Neustadt und Altenburg die Stichwahlparole ausgegeben. Die nationalliberale Partei betrachtet es als vaterländische Pflicht, ihre Wähler aufzufordern, in diesen vier Wahlkreisen geschlossen und mit Entschiedenheit für die „bürgerlichen“ Kandidaten einzutreten, worunter mehrere schwarzblau sind.

Zum Glück geben die „nationalen“ Liberalen nirgendwo den Ausschlag!

Unmögliches

verlangt ein Herr v. B. in der „Kreuzztg.“. Er schreibt da über die Stichwahlen:

Unser Stoß sollte das jene Leute (nämlich die Antischwarzblauen) in demagogischer Weise beeinflussende Großkapital treffen, nicht die vorbezeichneten Kreise selbst. Wir können nicht wie früher fortwursteln, ohne Klarheit zu schaffen, wie wir zum — in der Hauptsache jüdischen — Großkapital und seiner Vertretung im Hansabunde stehen. Wir müssen diese Klarheit jetzt bei den Stichwahlen schaffen, damit für das nächstemal die Sachen einfacher liegen.

Ja, mit dem bloßen „Hepp!-Hepp!“-Geschrei a la Stöcker oder Dreischgraf geht's nicht. Und einem Antikapitalismus, der vor den Schnaps-, Holz-, Korn- und Rübenmillionen der Junker eher fürchtet als vor den Augen rechts! Front macht, glaubt kein Mensch westlich von Schlawa...

Die Verzweiflungskünste der Schwarzblauen

werden immer toller. Die „Deutsche Tageszeitung“ regt sich furchtbar über die Liberalen auf, die auf die Einigungskonferenz im Dreiklassenhause gepiffen haben und sie schreibt zum Schluß wörtlich:

„Man kann gespannt sein, ob und wie die Regierung auf diese Behandlung reagieren wird. Daß sie sich auf die Dauer in einer Rolle gefallen könnte, wie der Liberalismus sie ihr neuerdings zuteilt, ist doch wohl nicht gut anzunehmen. Der Stichwahltag im 1. Berliner Wahlkreise wird über diese Frage schon die erste Auskunft geben.“

Das soll wohl die Drohung sein, daß Bethmann, Dallwitz, Schorlemer und Delbrück nicht für Kampf stimmen werden. Und das, obgleich ein Fortschrittsaufruf in Berlin I von der Wahl des Genossen Düwll das Ende der Welt zu erwarten vorgibt? Nein, wir müßten das sehen, ehe wir es glauben! Übrigens werden dem Freisinn die Kopfs, Litz usw. in der Hand lieber sein, als Herr Kampf auf dem Dache.

Aus Lübeck und Nahbargebieten.

Sonnabend, den 20. Januar.

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Waffregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Gratzmühle S. und Z. Brüggan, Hafentstraße, die Arbeit eingestellt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Demasierung. Die „Lüb. Anz.“ haben die dreiste Stirn, auf unsere gestrige Feststellung zu erwidern, wir hätten nur „alle Kamellen“ aufgemäht. Das Amtsblatt nennt also keine die Staatsanwaltschaft auf Grund des § 263 Str. G. B. lebhaft interessierenden Geschäftspraktiken „alle Kamellen“ und gibt damit zu, daß es nicht erst seit gestern seine Kundtschaft systematisch betrügt. Wir nehmen Notiz von diesem platten Geständnis eines überführten!

Wir nehmen weiter Kenntnis von der Fortsetzung des lachnhaften Versuchs, dem Volkstoben Insurgenten und Abonementen abzutreiben. Der Urheber und seine Waffen geben die untrügliche Garantie, daß das Experiment gegen teilige Wirkungen haben wird.

Wir registrieren ferner, daß das Blatt freiwillig Reklame macht für die Genossenschaftsbäckerei, indem es auffordert, die Geschäftskunde zu zwingen, die Brotprodukte des Betriebes nicht mehr zu führen. Eine nackte Aufforderung zum Vergehen der Nötigung. (§ 253 Str. G. B.) Denn dieser Zwang zum Schaden der Genossenschaftsbäckerei soll zugunsten der Bäckereimeister, um diesen einen Vermögensverlust zu verschaffen und dadurch ihre Freundschaft zu erwerben, ausgeübt werden.

Wir teilen mit, daß die „Lüb. Anzeigen“, ohne den Schatten eines Beweises zu bringen, die verantwortliche Geschäftsleitung der Genossenschaftsbäckerei eines die strengsten Maßnahmen rechtfertigenden Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz bezichtigt durch die unverschämte, verlogene Behauptung, die Genossenschaftsbäckerei „helfe der Wahlkaste der Sozialdemokratie auf die Beine.“ Da wir nicht in der Lage sind, anzunehmen zu dürfen, daß die Staatsanwaltschaft den armen Verleumdern ex officio beim Wackel nehmen wird, so sei sie aufgefordert, seiner Denunziation Folge zu geben durch Einleitung eines einschlägigen Strafverfahrens gegen die Leitung der Genossenschaftsbäckerei. Diese kann zu jeder Minute mit schäblicher Ruhe dem Verfahren entgegengehen, das ihr nur erwünscht sein kann, damit gewisse Lügenmänner endlich einmal vor verammelten Volke gestopft werden können.

Das Blatt drückt endlich eine hundsgeime Denunziation ab, die sich gegen einen der sozialdemokratischen Sache wohlgeleiteten pensionierten Postbeamten richtet. Der alte Herr, der aus seiner Gesinnung gar kein Hehl macht, darf die Drechwürfe getrost ignorieren; sie reichen nicht an seine Schuhspitzen heran, kennzeichnen aber ihren anonymen Urheber als einen ganz traurigen Gesellen, der als würdigen Helfer des Amtsblatts kräftig dazu beiträgt, den Abscheu vor gewissen Politikern in weitesten Kreisen bis zum Überlaufen steigen zu machen. Wir können uns wirklich solcher Gegner freuen. Sie bereiten unsern nächsten Wahlsieg besser vor, als wir es selbst könnten.

Herrn Julius Klein muß ja blosses Entzücken parat bei dem Gedanken an einen späteren Wahlsieg, wenn er sieht, wie seine Freunde seine Sache in den Dreck ziehen. Oder erklärt er sich etwa solidarisch mit den Machern dieser Dinge? Willigt Herr Klein, was hier geschieht in der Absicht, der von ihm vertretenen Sache zu nützen? Oder wird er den ihm haben, öffentlich zu erklären: „Ich habe nichts gemein mit solchen Erbärmlichkeiten, ich verurteile und verachte sie als anständiger Mensch!“

Von der Beantwortung der Frage wird das moralische Urteil über ihn abhängen!

**Prüfungskommission des Stadttheaters.** Man schreibt uns: Laut Beschluß der Delegiertenversammlung der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger wurde auch am hiesigen Stadttheater eine Prüfungskommission eingesetzt. Es gehören ihr an: Oberregisseur Weyer, Kapellmeister Pfeiffer und Frau Kruse-Liburtius für die Oper; Oberregisseur Brunow, Regisseur Schmelzger und Frau Landien für das Schauspiel. Den Vorsitz führt der Obmann Nowack. — Zweck der Kommission ist, den Zulassung zum Theater einzudämmen, da das Angebot an Schauspielern und Sängern so sehr die Nachfrage übersteigt, daß in diesem Winter — allein in Berlin! — 2000 Bühnenkünstler engagementslos waren. Es kann also nicht dringend genug davor gewarnt werden, die Bühnenlaufbahn zu ergreifen! Nur ganz starke Talente von zweifelloscher Befähigung sollten es dennoch tun. Die Kommission ist bereit, junge Leute beiderlei Geschlechts, die glauben, die Bühnenlaufbahn einschlagen zu müssen, anzuhören und danach ihren fachmännischen Rat zu erteilen, ob die Vorbedingungen so sind, daß auf ein menschenwürdiges Weiterkommen zu rechnen ist. Diesbezügliche Gesuche und Anfragen würden zu richten sein an den Obmann Nowack, Lübeck, Königstraße 78.

**Terrorismus.** Unter dieser Stichmarke brachten die „Lübeckischen Anzeigen“ in der Sonntagnummer vom 7. Januar eine Erklärung der Firma S. u. F. Brüggner, welche sich gegen die streikenden Mühlenarbeiter richtet. Wenn unsererseits nun erst eine Antwort darauf erfolgt, so ist es darauf zurückzuführen, daß während dieser Zeit mehrfach Verhandlungen zwecks Beilegung der Differenzen mit obgenannter Firma stattgefunden, die aber kein annehmbares Resultat zeigten. Einleitend befaßten sich die „Lüb. Anzeigen“ mit der Kündigung der 20 Mühlenarbeiter, um dann die Entlassung des einen Müllers, der bereits 12 Jahre im Betrieb beschäftigt war, zu rechtfertigen. Sie finden dieselbe ganz in Ordnung. Wörtlich heißt es da: „Die Entlassung sei erfolgt, weil eine Betriebsbeschränkung im Hinblick auf die angehäuften Vorräte nötig war. Trotz dieser ganz klaren Sachlage hat die Sozialdemokratie über die Mühle den Boykott verhängt und warnt vor Zuzug, obwohl nach uns gemachten Mitteilungen die Mühle mit genügendem Personal, das inwischen eingestellt ist, arbeitet.“ Offenbar wollte das Amtsblatt mit diesem Geschreibsel den Streikenden ein ausweichen. Zu diesem Zweck hat es die Sache auf den Kopf gestellt. Wie liegen denn nun die Dinge? Wenn nun wirklich Arbeitsmangel in der Grünmühle eingetreten war, so ist es doch in jedem human geleiteten Betrieb gebräuchlich, daß die zuletzt Angestellten zuerst wieder entlassen werden. Herr Brüggner verfährt allerdings anders mit seinen Leuten. Was nun die Sozialdemokratie mit dem Streik auf der Grünmühle zu tun hat, ist uns ein Rätsel. Auch ist unseres Wissens kein Boykott über die Mühle verhängt worden. (Tatsache ist nur, daß die Hafenarbeiter sich mit den Streikenden solidarisch erklärt haben, zum größten Leidwesen des Herrn Brüggner). Dem Schreiber der Amtsblattnotiz ging anscheinend ein Mühlrad im Kopfe herum, sonst würde er solchen Uninn nicht verzapft haben. Er sollte doch wissen, daß es die Mühlenarbeiter sind, die sich wegen der Mangelregelung des betreffenden Kollegen mit demselben solidarisch erklärten und in den Streik traten. Aber man glaubte die Mühlenarbeiter mit der Sozialdemokratie verquicken zu können, und somit war der Streik in der Grünmühle kurz vor der Reichstagswahl ein gesundes Freßfen. Spiegelberg, man kennt dich. Herr Brüggner sagt in seiner Erklärung: „Wir haben in unserem Betriebe kaum Differenzen mit unseren Mühlenangestellten gehabt. Wenn Wünsche geäußert worden sind, so sind sie stets gebührend berücksichtigt und eine gütliche Einigung ist immer gelungen.“ Dieser Behauptung müssen wir entschieden widersprechen; denn in den letzten 3-4 Jahren sind unsere bescheidenen Wünsche stets abgelehnt worden. Es wurde zwar im Jahre 1910 am 1. April der Wochenlohn um 1 Mk. erhöht, aber der vorher ausbezahlte Gewinnanteil um ca. 50 Mk. vermindert. Also richtig gesehen, kamen wir vom Regen unter die Traufe. Wenn es sich so verhielt, wie Herr Brüggner sagt, warum nahm er dann im Herbst, als es sich um 25 Pfg. für eine halbe Überstunde handelte, nicht die Wünsche seiner Arbeiter entgegen, wo es ihm doch nur ein leichtes war, dieselben zu erfüllen? Daß hieraus bis dato keine ersten Differenzen entstanden sind, hat seinen Grund in den sonderbaren Lohnverhältnissen, die in dem Betriebe herrschen. Diese klar zu legen, hat Herr Dr. wohlweislich unterlassen. Herr Dr. gibt ferner bekannt: „Unsere Mühlenangestellten erhielten bisher: 1. einen festen Wochenlohn; 2. eine Mietvergütung, die nach der Menge des im Jahre verarbeiteten Getreides berechnet wird; 3. einen Gewinnanteil. Außerdem erhielten sämtliche Angestellten seit Jahren einen dreitägigen Urlaub, den wir gerade im letzten Jahre noch um einen Tag verlängert haben.“ Das ist ja recht rührend. Was die Ferien anbetrifft, so sind wir der Meinung, daß die paar Tage gar nicht der Mühe wert sind, weil das Geschäft nicht das geringste dadurch einbüßt.

Den Arbeitern, die das ganze Jahr hindurch im Staub und Dreck arbeiten, mühten eigentlich mindestens 14 Tage zuzufehen, wenn man überhaupt von einer Erholung reden wollte. Da es Herr Dr. unterlassen hat, die Summe des festen Lohnes sowohl als auch die der sonstigen Nebeneinnahmen anzugeben, so wollen wir es hiermit nachholen. Der feste Lohn betrug für Müller 28 Mk. und für Hilfsarbeiter 21 Mk. wöchentlich. Für Mietvergütung konnte durchschnittlich 1 Mk. wöchentlich berechnet werden. Der Gewinnanteil war stets Schwankungen unterworfen. Die Höhe desselben bewegte sich seit Einführung zwischen 55 und 147 Mk. jährlich. Außerdem gab es unter Leitung des Herrn Westorf für jeden, der ein Jahr lang im Betrieb beschäftigt war, eine Weihnachtsgatifikation in Höhe von 20 Mk., die uns aber Herr Brüggner dieses Jahr vorenthalten hat, obgleich dieses Geld stets mit zum Lohne verrechnet worden ist. Im ganzen kam ein Durchschnittswochenlohn von 28,75 resp. 24,75 Mk. heraus. Daß solche Löhne in Anbetracht der schweren und zum Teil auch noch recht ungesunden Arbeit in der Mühle noch sehr der Verbesserung bedürfen, wird wohl jedem einleuchten, der bestrebt ist, bei den jetzigen teuren Zeiten allen Anforderungen des wirtschaftlichen Lebens gerecht zu werden. Mit den Sparlassensbüchern, die wie Herr Brüggner schreibt, eine Altersversorgung für „bewährte“ Arbeiter sein sollen, hat es seine eigene Bewandnis. Die Höhe der Summe, die jährlich hinterlegt wurde, ist dieselbe wie die Mietvergütung. Die Auslieferung derselben ist mit sozialer Klugheit verknüpft, daß sehr wenig Aussicht vorhanden ist, das Geld jemals zu erlangen. Verläßt ein Arbeiter den Betrieb, so darf er, falls er sein Geld nicht verlieren will, innerhalb fünf Jahren in kein ähnliches Konkurrenzgeschäft treten. Was man eigentlich unter Konkurrenz versteht, ist klar, darüber sind sich die Betreffenden durchaus nicht im klaren. Jedem Neueingestellten wird ein langer Revers verlesen, welcher alle Klauseln und Bedingungen enthält; diesen muß er dann unterschreiben, bekommt ihn nachher aber nie wieder zu Gesicht. Eine Abschrift von dem was man unterschrieben hat, wie es sonst gebräuchlich ist, bekommt man ebenfalls nicht. Der frühere Geschäftsführer erklärte seinerzeit, daß diese Einrichtung den Zweck hätte, eingearbeitete Leute auch ein klein wenig an den Betrieb zu fesseln, weil man die Befürchtung hegte, daß Geheimnisse über Betriebsrichtungen und Fabrikation der Produkte an andere Firmen verraten würden. Auch Herr Dr. fürchtet die Konkurrenz, was er schon zur Genüge bewiesen hat; doch er denkt, die Leute mittels der Sparlassensbücher am Band zu haben. Durch das jetzige Verhalten des Herrn Brüggner merkt man es erst, zu welchem Zweck dieses Spitemgeschäftes ist: nämlich um recht willige und billige Arbeitskräfte zu haben, mit denen man nach Belieben umspringen kann. Wenn nun Herr Dr. weiter behauptet, daß er im Frühjahr mit seinen Leuten Rücksprache genommen und dieselben wahren mit Ausnahme von einem damit einverstanden gewesen, die Lohnzahlung in derselben Weise noch ein Jahr fortzusetzen zu lassen, so fragen wir, was hat dieses mit dem jetzigen Konflikt zu tun? Ferner wird angeführt, daß der frühere Seniorchef, der verlorene Herr Westorf, an die verschiedenen Angestellten Beträge von 50 bis 200 Mark hinterlassen hat. Auch dieses hat mit der Sache nicht das geringste zu tun. Jedenfalls hat es der Herr eingesehen, daß er diese Beträge bei seinen Lebtagen reichlich aus seinen Angestellten herausgewirtschaftet hat. Weiter wird hervorgehoben, daß der Verbandsvorsitzende der Mühlenarbeiter sowie der Bezirksleiter aus Hamburg in einer Bepredung, die stattgefunden habe, die Vorschläge des Herrn Brüggner abgelehnt hätten. Diese Vorschläge waren, soweit wir unterrichtet sind, bedingungslos unterworfen. Die Vorschläge der Vertreter der Mühlenarbeiter wurden mit einem kurzen Nein beantwortet. Hätte Herr Brüggner nur einigermaßen Zugeständnisse gemacht, dann wäre es nicht zum offenen Konflikt gekommen.

Wenn nun die „Lübeckischen Anzeigen“ in das Horn des Herrn V. blasen, so ist das weiter nicht verwunderlich, denn kein Mensch kann aus seiner Haut heraus. Wir können ihnen nur dankbar sein, daß sie wieder einmal offen nach dem selbigen Streikpostenverbot und nach Nebelgesetzen gegen die Arbeiter schreien. Die Arbeiter werden sich dieses wohlweislich merken.

**Die Abteufung des Staudesamtes,** in der die Geburts- und Sterberegister sowie die genealogischen Register geführt werden, befindet sich von Montag, dem 22. Januar d. J. ab im Zimmer Nr. 7 des Verwaltungsgesäßes des Fleischhauerstraße Nr. 20.

**Die Bekämpfung der Mückenplage** soll auch hier in Lübeck in wirksamer Weise erfolgen. Das Polizeiamt wird unter Berechnung der Selbstkosten durch Straßenreineriger die Mückenbrut, die besonders in der Kellern der Häuser sich befindet, vertilgen lassen. Es ist wohl zu erwarten, daß die Hausbesitzer es an dem nötigen Entgegenkommen nicht fehlen lassen werden.

**Auf dem Eis der Wakenitz eingebrochen.** Am Freitag nachmittag 5 Uhr brach auf der Wakenitz unter der Moltkebrücke ein 24jähriger junger Mann ein. Auf seine Silberfelleiten beim Eis beschäftigte Arbeiter herbei und konnten ihn noch rechtzeitig vom Tode des Ertrinkens retten. Dieser Vorfall dient zur Warnung. Jedenfalls aber wäre es dringend anzuraten, wenn die Polizeibehörde für eine Abspernung dieser gefährlichen Stelle auf dem Eise der Wakenitz Sorge tragen würde.

**Öffentlicher Schlachthof.** Es wurden geschlachtet: Im Monat Dezember 1911 171 Ochsen, 180 Bullen, 1789 Kühe und Starken, 390 fette Kälber, 782 mütterliche Kälber, — Lämmer, 42 Ziegen, 3281 Schweine, 321 Schafe, 60 Pferde, zusammen 7698 Tiere gegen 6582 Tiere im November 1910. — Beanspruchungen: 1. Untauglich der ganze Tierkörper, gänzlich vernichtet; 2. Pferde wegen vollständiger Abmagerung infolge einer Krankheit, 1 Kalb wegen vollständiger Abmagerung infolge einer Krankheit, 1 Kalb wegen Phlegmie, 1 Kalb wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 1 Ziege wegen Geruchs- und Geschmacksabweichung des Fleisches, 2. Im Dampfdesinfektor gefocht: 2 Schweine wegen Tuberkulose, 20 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 1/4 Kalbfleisch wegen Tuberkulose, 1/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 3. Auf der Freibant verkauft: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 2 Kühe wegen Magerkeit, 2 Kälber wegen ungenügender Entwicklung. Außerdem wurden bei den übrigen geschlachteten Tieren verschiedene einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt. 820 kg Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthof untersucht. Davon wurden beanstandet: 1 Rinderlunge wegen Entzündung, 1 1/2 kg Schweinefleisch wegen Tuberkulose.

**Hansa-Theater.** Man schreibt uns: Die Direktion des Hansa-Theaters teilt uns mit, daß nunmehr der Defekt des kinematographischen Apparates gehoben ist und ab heute die Fortsetzung der verschiedenen Bilder in dem von der Presse so gelobten Ausstattungsbüchlein „Um ein Weid“ kinematographisch gezeigt werden. Bei dieser Gelegenheit macht die Direktion darauf aufmerksam, daß das Gastspiel der International Dramatic Production Co. nur auf kurze Zeit berechnet ist. Wie die Lübecker Kritik sagt, ist bisher noch nie zuvor in unserer Stadt ein derartiger Apparat gezeigt und eine der-

artige Ausstattung gesehen worden. Ein Besuch im Hansa-Theater ist lohnenswert, hat doch Direktor Gollbach keine Mittel gescheut, das am Variete größte Unternehmen in Lübeck zu zeigen.

**Sindhalten-Theater.** Man schreibt uns: Am Sonntag gelangt Grillparzer's herrliches Werk „Des Meeres und der Liebe Wellen“ zur Aufführung. In den Hauptrollen sind die Damen Wuttke, Laubien, Rablich sowie die Herren Schirer, Hög, Brunow, Nowack und Böhm beschäftigt.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, gelangt als vierte Volksvorstellung Schönherr's Schauspiel „Glaube und Heimath“ zur letzten Aufführung. Der Vorverkauf resp. die Auslosung der Billets findet heute Sonnabend von 8 bis 9 Uhr abends an der Theaterkasse statt. Morgen Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, geht in neuer Einstudierung Offenbach's burleske Oper „Orpheus in der Unterwelt“ in Szene. In den Hauptrollen sind die Damen Mara, Renner, Hansen, von Neundorff, sowie die Herren Kollmich, Schorn, von Schenk, Hoppecker beschäftigt. Am Montag kommt Offenbach's reizvolle Oper „Hoffmann's Erzählungen“ zur Wiederholung.

**Segeberg. Großfeuer.** Ein Großfeuer ächerte in der vorvergangenen Nacht die der bekannten Fahrer-Kruger Brot- und Zwieback-Fabrik gehörige Dampf- und Windmühle ein. Gegen 10 1/2 Uhr kam das Feuer auf bisher unaufgeklärte Weise im Maschinenraum aus; es verbreitete sich infolge des heftigen Windes mit rasender Schnelligkeit über das ganze Mühlengebäude, mehrere Schuppen und den großen Getreidespeicher, in dem gegen 700 Doppelzentner Korn und Mehl lagen. Die Mühle brannte vollständig nieder. Von dem Getreidespeicher stehen noch die Umfassungsmauern. Aus der Umgegend waren sieben Feuerwehren zur Stelle, die bis gegen morgen auf der Brandstätte arbeiteten. Ein überaus prächtiges Bild war es, als die Mühlenflügel sich erst langsam, dann immer schneller und schneller drehten. Die Brot- und Zwiebackfabrik konnte, da der Wind nach der anderen Seite stand, gerettet werden; sie wird ihren Betrieb aufrechterhalten.

**Hamburg.** Die Hamburg-Amerika-Linie im Jahre 1911. In der gemeinsamen Sitzung des Aufsichtsrates und des Vorstandes der Hamburg-Amerika-Linie wurde der vorläufige Abschluß für das Jahr 1911 vorgelegt. Es ergibt sich auf Grund der noch nicht endgültig festgestellten Ziffern ein Betriebsgewinn von rund **43 700 000** Mark gegen 39 900 000 Mk. im Vorjahre. Nach Abzug der Prioritätszinsen usw. wird ein Betrag von etwa 40 400 000 Mark gegen 36 600 000 Mk. im Vorjahre zur Verfügung stehen. Die Verwaltung stellt in Aussicht, aus diesem Betrag eine Dividende von 9 Prozent gegen 8 Prozent im Vorjahre in Vorschlag zu bringen und den Saldo von etwa 29 000 000 Mk. den Abschreibungskonten, der Assecuranzreferende und den anderen Reserven zuzuführen. Obwohl die Gesellschaft im verflochtenen Jahre rund 30 000 000 Mk. für die Vergrößerung ihrer Flotte ausgegeben hat, betragen ihre disponiblen Mittel am 31. Dezember 1911 etwa 47 000 000 Mark. Trotz dieser sehr günstigen Finanzlage der Gesellschaft hat die Verwaltung in Aussicht genommen, der ordentlichen Generalversammlung eine Erhöhung des Aktienkapitals um **25 000 000** Mark vorzuschlagen. Diese Maßnahme glaubt man im Hinblick auf die großen Anforderungen, die der ständig wachsende Verkehr auf allen Linien an die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft stellt, und besonders auch mit Rücksicht auf die Aufgaben, die sich der Hamburg-Amerika-Linie nach Vollendung des Panama-Kanals eröffnen dürften, zu rechtfertigen.

**Harburg.** Ein Kriegerverband für die Weisen. Der Kreisriegerverband Harburg empfahl seinen Mitgliedern, da sie sich in einer Zwangslage befänden, bei der Stichwahl im 17. Wahlkreise den welfischen Kandidaten zu wählen, um nicht einem Sozialdemokraten zu einem Mandat zu verhelfen. — Die Fronte des Schicksals!

**Riel.** Nationalliberale Schande. Gegen das schmähliche Abkommen mit den Landwirtebündlern für Londen und Plön wendet sich auch der frühere langjährige Führer der nationalliberalen Partei in Riel und Schleswig-Holstein, Justizrat Schirren. Er erklärt seinen Austritt aus dem nationalliberalen Landesverband, weil er nicht genossen sei, durch sein weiteres Verbleiben in dem Ausschuh die Verantwortung für das Wahlabkommen im Wahlkreise Plön-Oldenburg mit zu tragen.

**Riel.** Gegen den nationalliberalen Mandatskämpfer. Der Vorstand der hiesigen nationalliberalen Partei hielt Donnerstag eine Versammlung ab, zu der auch einige hervorragende Mitglieder der Partei berufen waren. Die Versammlung erklärte sich mit großer Mehrheit gegen drei Stimmen entrüstet über die Tatsache, daß das Stichwahlabkommen im 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreise die Billigung des Provinzialausschusses der nationalliberalen Partei in Schleswig-Holstein gefunden hat. Der Vorsitzende Justizrat Döring verzichtete auf die Niederlegung seines Amtes nur deshalb, um im Provinzialausschuh seiner Kritik über das Stichwahlabkommen Ausdruck geben zu können. — Bei dieser Gelegenheit wollen wir doch auf die Tatsache hinweisen, daß die Macher des schändlichen Kuhhandels, Schifferer und Hastedt, Vertreter des Brauerkapitals sind, das im allgemeinen extrem liberal und hanfäbndlerisch tut. Hastedt ist zwar Kursbesitzer in Wensin (Kr. Segeberg), sein Nammon stammt aber aus der altbekannten holländischen Brauerei in Harburg, wo sein Vater einst nationalliberaler Reichstagsabgeordneter war.

**Erwit.** Verbrüht. In Japel brühte eine Mutter Kaffee ab, von dem ein vierjähriger Junge trank. Er verbrühte sich mit dem heißen Getränk Mund, Speiseröhre und Magen derart, daß er im hiesigen Krankenhaus unter größtlichen Schmerzen starb.

**Lüneburg.** Wurst wider Wurst. In einer gestern abend stattgefundenen Sitzung des sozialdemokratischen Wahlkomitees ist beschlossen worden, den Nationalliberalen im 16. hannov. Reichstagswahlkreise gegen den Weisen durchfallen zu lassen, wenn durch die Schuld der Harburger Nationalliberalen im 17. Kreise der Welfe gewählt wird.

**Oldenburg.** Die Berärgerten. Die Bündler und die Nationalliberalen beschloßen, den Fortschrittlichen Träger in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten nicht zu unterstützen.

#### Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 19. Januar.

1. Qualität . . . . .	144—148 Mk.
2. „ „ „ „ „	138—142 „
Russisch-Sibirische 1. Qualität, verzollt . . . . .	139—143 „
do. II. do. . . . .	132—138 „

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schmarck, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

# Markmann & Meyer

Heute Sonnabend beginnt unser großer

# Inventur-Ausverkauf

Im Ausverkauf  
Lubeca-Rabattmarken.

In allen Abteilungen bedeutende Preisermäßigung.

Im Ausverkauf  
Lubeca-Rabattmarken.

## Die Restbestände in Futterhosen

schwere gute Qualitäten . . . jetzt 1.65 1.25 95 ₰

## Kinder-Normal-Anzügen

Länge	65	70	75	85	90
statt	1.25	1.35	1.45	1.65	1.85
jetzt	98 ₰	1.00	1.20	1.35	1.45

## Ein Restposten Unterröcke

Halbtuch, Satin, Wolle, Seide  
erheblich im Preise herabgesetzt.

Ein Posten beschädigte und einzelne  
**Normal-Hemden und -Hosen**  
im Preise ganz erheblich reduziert.

Eine Partie prima

**Herren-Hemden** . . . statt 2.45 für **1.95**

**Barchent-Arbeiter-Hemden**  
in dunkel und hell gestreift.

## Wollene Schlafdecken

schwere Qualitäten, mit Jacquard-Borden statt 6.50 **4.90**  
**Pferdedecken** . . . statt 2.75 nur **1.95**  
**Baumwollene Schlafdecken** . . . statt 2.25 nur **1.65**

## Schürzen

Blusen-Schürzen . . . . .	statt 1.25	<b>65 ₰</b>
Blusen-Schürzen . . . . .	statt 1.35	<b>85 ₰</b>
Prinzeß-Schürzen . . . . .	statt 1.85	<b>1.45</b>
Blusen-Schürzen prima Stoff . . . . .	statt 2.35	<b>1.85</b>
Kleider-Schürzen . . . . .	statt 1.60	<b>1.35</b>
Kinder-Hänger . . . . .	statt 50 ₰	<b>25 ₰</b>
Kinder-Schürzen türkisch mit Besatz in den Längen 45-55 . . . . .	statt bis 1.25	jetzt <b>50 ₰</b>
Kinder-Kimono-Schürzen . . . . .	jetzt	<b>75 ₰</b>
Tändel-Schürzen Satin mit Punkt., statt 95 ₰	jetzt	<b>65 ₰</b>
Tändel-Schürzen weiß . . . . .	statt 1.25	jetzt <b>95 ₰</b>

Ca. 400 einzelne Stücke

## Damen-Wäsche

bedeutend im Preise herabgesetzt.

Ca. 50 ff. Phantasie-Hemden statt bis 3.80 für **2.40**  
Elegante Stickerei-Hemden statt bis 4.50 für **2.95**

## Handschuhe — Strümpfe.

<b>Damen-Ringelstrümpfe</b> reine Wolle . . . . .	statt 1.75	jetzt <b>1.25</b>
<b>Damen-Strümpfe</b> schwarz, reine Wolle . . . . .	statt 1.75	jetzt <b>1.45</b>
<b>Damen-Strümpfe</b> reine Wolle . . . . .	1.25	jetzt <b>95 ₰</b>
Ein Posten wollgemischte . . . . .	Paar	nur <b>48 ₰</b>
<b>Damen-Handschuhe</b> moderne Farben, gefüllt . . . . .	Wert 68 ₰	jetzt <b>48 ₰</b>
<b>Herren-Socken</b> grau plattiert . . . . .	statt 45 ₰	jetzt <b>38 ₰</b>
<b>Herren-Socken</b> grau, reine Wolle . . . . .		<b>85 ₰</b>
<b>Herren-, Damen- und Kinder-Kragenschoner</b> weiß . . . . .	statt 95 ₰	jetzt <b>65 ₰</b>
Ein Posten <b>Stickerei</b> Kupon 4.10 Meter Wert 1.35 . . . . .		jetzt <b>95 ₰</b>
<b>Kinder-Gamaschen</b> weiß, Größe 2-4 statt 1.10 . . . . .	jetzt <b>75 ₰</b>	jetzt <b>65 ₰</b>
<b>Gamaschen</b> braun . . . . .	statt 95 ₰	nur <b>65 ₰</b>
Ein Posten <b>Baby-Schuhe</b> Wolle gestrickt statt 35 ₰ . . . . .		nur <b>25 ₰</b>
<b>Kinder-Fäustlinge</b> . . . . .	statt 30 ₰	nur <b>20 ₰</b>
<b>Rücken-Kissen</b> teils für halben Wert.		

## Herren- und Knaben-Garderoben.

Ohne jede Rücksicht auf die großen Verluste verkaufen wir **der unbedingten totalen Räumung wegen** zu bedeutend herabgesetzten Preisen, vielfach bis zur Hälfte der früheren Verkaufspreise:

<b>Herren-Anzüge</b> Wert bis 40.—	19.—	20.50	13.50 M.
jetzt <b>20.—</b>	<b>13.50</b>	<b>15.—</b>	<b>9.50 M.</b>
<b>Herren-Paletots</b> 36.—	29.—	22.—	16.50 M.
— Knaben-Paletots —	jetzt <b>25.50</b>	<b>21.—</b>	<b>16.—</b> M.

**Loden-Joppen**, bestes Fabrikat, 25 Proz. herabgesetzt.

**Restbestand Knaben-Anzüge** zum Ausschuh, alle Größen und Fassons, Wert bis 6.— Wert bis 4.75 Wert bis 2.80 M.  
jetzt **3.95** jetzt **2.95** jetzt **1.95 M.**

Ein Posten **Jagdwesten**  
jetzt **2.45 1.55 M.**

Ein Restbestand **Herren-Hosen**  
Wert 3.20 Wert 2.50 M.  
jetzt **2.60** jetzt **1.75 M.**

## Damen- und Kinder-Konfektion.

**Farbige und schwarze Damenmäntel** durchweg bis auf den **halben** Preis herabges.

**Restbestände Kinder-Jacken und -Mäntel**, hierunter hübsche Sammet- und Cord-Mäntel in braun, blau und grün **20** Proz. herabgesetzt. ca. 40 blaue Jacken für das Alter von 11-14 Jahren, Wert bis 15 M., jetzt jede Jacke **4 M.**

Zur Totalräumung ein Posten **Sommerjacken** zu Verlustpreisen.

**Restbestände Kinderkleider**, Hänger- und Blusenkleider, im Preise herabgesetzt.

**Schwarze Satin-Kostümröcke** bestes Fabrikat, **30** Proz. herabgesetzt.

**Farbige Kostümröcke** Falten und glatte Form **3,50 2,85 1,95 M.**

Ca. **50** im Preise herabgesetzte **Kimono-Blusen**, Wolle, Seide, Musseline mit Tüllpasse **4,80 3,50 2,90 M.**

## Bei der Inventur herabgesetzte Gerstenkorn-Handtücher

mit roter Borte  
40 X 90 fertig gesäumt und gebändert . . . Stück **20 ₰**  
48 X 100 extra schwer . . . . . jetzt Stück **38 ₰**  
50 X 110 extra prima . . . . . jetzt Stück **58 ₰**  
Wert bedeutend höher.

## Frottierwäsche unter Preis

Frottier-Laken 100 X 140 . . . . .	statt 2.35	<b>1.95</b>
110 X 150 . . . . .	statt 2.75	<b>2.45</b>
Ein Posten 120 X 180 . . . . .	statt 4.25	<b>3.95</b>
Frottier-Handtücher 50 X 110 . . . . .	statt 1.10	<b>95 ₰</b>

## Ein Posten bei der Inventur weit herabgesetzter einzelner Tischtücher

von den geringen bis zu den feinsten Qualitäten

Größe	95/95	100/150	120/130	115/150/60	180/160
Wert	1.20	1.85	1.65	2.25	3.25
	85 ₰	95 ₰	1.25	1.60	1.95. 2.45 2.95

**Damen-Taschentücher** mit farbiger Borte  
35/35 Wert 25 ₰ 40/40 Wert 52 ₰  
jetzt **20 ₰** jetzt **25 ₰**  
**Batist-Herrentücher** 43/48 Wert 28 ₰  
jetzt **20 ₰**

## Teller- u. Gläsertücher

weiss mit Borte und rot kariert  
Wert 20 bis 58 ₰  
jetzt **35 25 15 ₰**

## Fertige Betttücher

ohne Naht, H'einen, volle Breite  
jetzt **2.95 2.65 2.45 1.95 1.75 M.**

## Ein Restposten Servietten

Größe 60 X 60, Wert 50 ₰, jetzt **38 ₰**  
1/2 Dtzd. **1.95**, sonst **2.75 M.**

Ferner gelangen zur unbedingten Räumung:

## Gr. Restbestände:

von einigen 1000 Metern.

Einfarb. Kleiderstoffe f. Konfirmationszwecke. — Schwarze Stoffe. — Bessere Kostümtuche. — Engl. Kostümtuche. — Blusenstoffe. — Wollmusseline. — Waschstoffe. — Zephir. — Halbfert. Roben u. Blusen. — Hauskleiderstoffe. — Halb- und Reinleinen für Betttücher. — Gardinen.

**Baby-Hauben und -Mützen**  
25 ₰ **15 ₰**

**Herren-Sport-Mützen**  
Wert bis 2.25 M. Stück **95 ₰**

**Knaben-Winter-Mützen**  
mit Obrenklappen, Wert bis 1.25 M. **48 ₰**

**Mädchen-Hauben**  
für die Hälfte des Wertes zum Ausschuh.

## Rheinland-Westfalen im Kampf.

Man schreibt uns aus dem Industriegebiet:  
Wenn man vom „industriellen Westen“ redet, darf man nie vergessen, daß das räumlich nur ein kleiner Teil der Provinzen Westfalen und Rheinland ist. Es gehören zu diesen Provinzen auch Eifel, Münsterland, Sauerland, meistens sichere Zentrumsgebiete und auch sonst noch Gebiete, die nur schwach industriell sind. Von den 17 Wahlkreisen der Provinz Westfalen gehören nur 6 dem sogenannten Industriegebiet an, nämlich Hamm-Soesst, Hagen-Schwelm, Aken-Sierlohn, Dortmund, Bochum und Recklinghausen, während von den im Osten der Provinz gelegenen noch Bielefeld, Minden-Lübbecke und Herford-Halle als teilweise industriell angesehen werden können. Recklinghausen ist überdies auch erst seit kurzer Zeit und nur in seinem südlichsten Bezirk von der Industrie ergriffen worden.

Von den 35 Kreisen der Rheinprovinz gehören ganz oder teilweise in den Industriebezirk Essen, Duisburg-Oberhausen, Düsseldorf, Köln-Land, Köln-Stadt, Wuppertal, Eberfeld, Solingen, Krefeld, Mors-Rees und Saarbrücken. Die Mehrzahl dieser 13 Kreise hat aber noch weitläufige landwirtschaftliche Gebiete.

Im vorigen Reichstage gehörten uns Solingen (in der Hauptwahl genommen), Bielefeld, Bochum, Dortmund und Duisburg (in der Stichwahl 1907 genommen) und das kurz vor der Reichstagsauflösung in Stichwahl eroberte Düsseldorf, die uns infolge der Wahlenthaltung der Nationalliberalen zufiel.

Vor 1907 hatten wir überdies noch Eberfeld im Besitz und kurze Zeit auch Aken-Sierlohn, Bochum und Dortmund besaßen wir seit 1903, wachsend gehörte uns auch Lennep-Meßmann, Solingen gleichfalls seit 1903. Anderen Besitz haben wir, von älteren Zeiten abgesehen, in Rheinland und Westfalen noch nicht gehabt.

Diesmal haben wir wiederum nur das Solinger Mandat in der Hauptwahl zurückerobert. In den übrigen Kreisen müssen wir noch einen Gang machen, um zunächst unseren Besitzstand zu wahren und dann hoffentlich auch noch einige Mandate dazu zu gewinnen.

Zunächst muß festgestellt werden, daß wir ganz allgemein einen reichen Zuwachs an Stimmen zu verzeichnen haben, auch ein verhältnismäßiges Vordringen gegenüber den Gegnern, eine Vermehrung unseres Anteils an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen, die — bei allgemein starker Wahlbeteiligung — auch eine Vermehrung unseres Einflusses auf die Bevölkerung überhaupt bedeutet. Unter Stimmenzuwachs ist vielfach stärker als der Zuwachs der Wähler.

So, um nur einige Beispiele zu nennen, wuchsen unsere Stimmen in Bielefeld um mehr als 3½ Tausend, während Posadowsky, der Sammelkandidat, die Stimmen der vereinigten Parteien von 1907 nicht zu halten vermochte.

In Dortmund stiegen wir um mehr als 10 000 Stimmen, die Gegner um kaum 3000.

In Bochum stiegen wir um 11 000 Stimmen, Nationalliberale und Zentrum um 6000 bis 7000.

In Recklinghausen blieb das Zentrum fast stehen, wir gewannen 9000 Stimmen.

In Essen gewann das Zentrum circa 3000, wir 12 000 Stimmen.

In Düsseldorf gewann das Zentrum 2000, wir 11 000 Stimmen.

In Köln-Stadt verlor das Zentrum einige hundert Stimmen, wir gewannen 3000.

Wenn man nun unsere Wahlerfolge hier richtig werten will, muß man berücksichtigen, daß fast überall das Zentrum unser Hauptgegner ist. Das Zentrum wird in Deutschland der letzte Hort der Reaktion sein, und keiner Partei kann man schwerer Anhänger abgängig machen als dem Zentrum. Wer dieser Partei einmal verfallen ist, der ist meistens gefesselt für immer. Wir können in der Hauptsache nur die Vermehrung des Anhanges der Partei verhüten.

Soweit aber in einzelnen Kreisen Nationalliberale als Hauptgegner in Frage kommen, so sind es insbesondere in den großindustriellen Bezirken, im Gruben- und Hüttenbetrieb, die eigentlichen „Herren im Hause“, die Industriekonservativen, die nur noch aus alter Gewohnheit den Namen Nationalliberale führen. Das sind rückwärts-löse Terroristen, die vor keiner Gewalttat zurückschrecken, um die Arbeiter und Angestellten und alle von ihnen abhängigen Leute zu einer ihnen genehmen Abstimmung zu zwingen.

Ist doch nach der Landtagswahl dieses Sommers für den verstorbenen Abg. Oberbürgermeister Haumann ein Steiger gemahnt worden, weil er gegen seinen Direktor, den nationalliberalen Kandidaten, für einen anderen liberalen Kandidaten, der mehr die Interessen der kleineren Besitztümer zu vertreten versprach, agitiert haben soll.

Unsere Aussichten für die Stichwahl sind verschieden. Der Kreis Bielefeld erscheint sehr unsicher, weil fast sämtliche Fortschrittler für uns stimmen müßten, wenn wir den Grafen Posadowsky werten wollen. Dortmund, wo wir gegen Zentrum in Stichwahl stehen und die Nationalliberalen den Ausschlag geben, kann man als sehr aussichtsreich betrachten, weil sämtliche Nationalliberale für das Zentrum stimmen müßten, wenn es siegen sollte. Und das ist sehr unwahrscheinlich. Selbst die mehreren Tausend Polen werden das Zentrum nicht retten.

In Bochum ist der Kompromißhandel zwischen Zentrum und Nationalliberalen, an dem man im ganzen Industriegebiet schon lange hinarbeitete, am weitesten gediehen. Beide Parteien, d. h. die Führer waren schon vor der Hauptwahl darüber einig, daß sie sich in der Stichwahl unterstützen wollen. Und das, obwohl sie sich bis vor kurzem in der rückwärtslosesten Weise bekämpften, obwohl gerade das Zentrum noch vor ganz kurzer Zeit die Arbeiter zu heftiger Empörung gegen den Terrorismus der Zentrumsler aufgepeitscht hat. Es stehen uns unter reichlich 53 000 Stimmen etwa 83 000 Zentrums- und nationalliberale Stimmen gegenüber, jedoch sind uns die 10½ Tausend Polensstimmen so gut wie voll zählbar gewiß, weil unter Gegner der Nationalliberale ist. Hier kommt der wilde persönliche Haß der christlichen Gewerkschaftsführer gegen unseren Genossen Hue zur Geltung, in dem die christlichen Demagogen ihren gefährlichsten Gegner sehen. Man wird deshalb auch alles tun, um uns das Mandat zu entreißen. Insbesondere war 1907 die Situation nicht wesentlich anders, das Stimmverhältnis aber für uns ungün-

stiger. Die Massen der Wähler folgten hier den Führern nicht blindlings.

Zudem ist noch ein Umstand hinzugekommen, der 1907 mindestens noch nicht in der Stärke vorhanden war:

Köln-Stadt und Essen, zwei Zentrumsburgen, stehen in Gefahr, an uns überzugehen. Die Nationalliberalen geben den Ausschlag und die Sache steht so, daß sie beinahe nur passiv zu bleiben brauchen, dann haben wir die Kreise.

Der Verlust dieser beiden Kreise mit den Kandidaten Trimborn und Giesberts wäre für das Zentrum eine schwere Schlappe. Es wird alle Mienen spritzen lassen, um diese Kreise zu retten.

Es ist auch in der Zentrumspresse schon ausgesprochen worden, daß es von dem Verhalten der Nationalliberalen von „Köln bis Hamm“ abhängen werde, wie sich das Zentrum zu den Nationalliberalen in Bochum stellt.

Dazu kommt ferner, daß wir Battermann in Saarbrücken in der Hand haben, dessen Begehr der Zentrumsarbeiter Sauermann ist, daß wir ferner der Nationalliberalen unter Umständen Hamm-Soesst und Mors-Rees gegen das Zentrum verschaffen könnten.

In diese Kombination gehört auch noch Düsseldorf, während sich jedoch über die anderen Kreise, in denen wir noch in Stichwahl stehen, wie Hagen, Sierlohn, Remscheid, Duisburg, Eberfeld und andere so gut wie nichts prophezeien läßt.

## Die Gewerkschaften im neuen Reichstage.

Der Reichstag von 1903 hatte 21 Vertreter von Gewerkschaften als Mitglieder. Es waren 19 bei der sozialdemokratischen Fraktion, 1 (Goldschmidt, der Führer der Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften) bei der freisinnigen Volkspartei und 1 (Giesberts) beim Zentrum.

Die Wahl von 1907 veränderte dies Bild völlig. Beim Zentrum sah man immer mehr ein, daß die christlichen Gewerkschaften ein Anrecht auf politische Vertretung hatten, und dies umso mehr, weil die sozialdemokratische Fraktion wieder eine Anzahl ihrer Sitze den freigewerkschaftlichen Arbeiterführern überließ, um so in positivem Sinne für direkte Vertretung der organisierten Arbeiter an der Tagesmaschine zu sorgen. Aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung fanden sich im jetzt endgültig gestorbenen Reichstage Becker, Behrens, Giesberts, Hamecher, Schack, Schiffer, Schirmer und Wiederberg zusammen. Ihr politischer Stützpunkt war das Zentrum. Die Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften hatten zwar drei Reichstagskandidaten gehabt, bei der Wahl fielen sie aber gemeinsam aus, auch die Goldschmidtische Vertretung der „Blauen“ im Reichstage ging verloren.

Von den Führern der freien Gewerkschaften fanden sich wieder bei der sozialdemokratischen Fraktion rund ein Duzend ein. Es waren Bömelburg, Brey, Geyer, Hildenbrandt, Hoch, Horn, Hue, Legien, Roske, Sadle, R. Schmidt und Severing. Der katholische Generalsekretär der katholischen Arbeitervereine Berliner, also orthodoxer Richtung, Dr. Fleischer, machte die gewerkschaftlichen Gegensätze im Deutschen Reichstage komplett. Nur die Harmonicapostel Hirsch-Dunkerischer Couleur fehlten.

Der neue Reichstag wird, so weit sich bis jetzt übersehen läßt, wieder eine beachtenswerte Anzahl

## Die Flucht über die Cordilleren.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(4. Fortsetzung.)

Vergebens riß indessen der Bandit an dem Drücker der Wäpche, um sich selber durch den Schuß zu retten! er hatte keine Ahnung, daß der Hahn zweimal aufklappen mußte, ehe er feuern konnte; so war er nur „in Ruh' geblieben“ und das Schloß verweigerte den Dienst. Die doch nutzlose Waffe von sich schleudernd, ergriß er das Doppelloch, um die Tür noch vor seinen Angreifern zu erreichen; hier aber verrannte ihm Ellington den Weg, und noch während er sein Messer aus der Scheide riß, sah die Bahn zu stoßen, brach er mit einem leisen Schreien, zugleich von Ellingtons Faust und Don Joses scharfem Stahl getroffen, der ihm die eigene Waffe in den Rücken trieb, eine Leiche, zu Boden.

Die kleine Hütte war im Augenblick ein Bild der Verwirrung, und das Verderben der Unglücklichen wäre besiegelt gewesen, hätten die Henker nicht auf das Zeichen des ausgehenden Spions gewartet. Aber die Furcht vor Feuerwaffen, die der Gaucho nicht leicht überwindet, besonders wenn er sie in den Händen von Europäern weiß, hielt sie zurück, und so gern sie das Blutgeld ihres Herrn verdienen mochten, so wenig dachten sie daran, ihre eigene Haut unnötig dabei zu Markte zu tragen.

Ellington und Don Jose aber waren in dem Augenblick so bestürzt und erschreckt, daß der Spanier schon in der Tat das Messer zum zweiten Male gezückt hatte, den eigenen Schwager, den er ebenfalls für einen der Angreifer hielt, niederzustößen, als ein zufälliger Ausruf desselben noch sein Leben rettete.

Ellington besetzte jetzt vor allen Dingen die Tür, und während Don Jose die Leiche aus dem Weg und in die eine Ecke zog, eilte auch der alte Herr herbei, um den Platz, der wie er natürlich glauben mußte, schon vom Feind angegriffen wurde, verteidigen zu helfen.

III.

Der Führer der mashorqueros stampfte indessen den Schnee in toller Ungebuld.

„Carajo!“ rief er, dem alten Beon dabei einen grimmigen Seitenblick zuschleudernd — „ich glaube wahrhaftig, der Schuft von vagueano hat uns betrogen und die vermeintlichen cringos gewarnt, anstatt ihre Waffen in unsere Hände zu legen — Gift und Messer, wenn ich das gewiß wüßte!“

Die Anrede war halb an den Alten gerichtet, und dieser, der sich unter dem böshaften, tückischen Blick des Henkers nicht gerade wohl fühlte, erwiderte ruhig:

„Bedro wird sich hüten und uns verraten, er weiß gut genug, daß uns die Burschen nicht entgehen können; aber es ist auch möglich, er hat die Sache dumm angefangen, — und dann freilich war's böse.“

„Böse für Dich, companero,“ knurrte der andere, — „wenn uns die Schufte entgehen, so freu Dich, denn ein Kopf ist mir sicher, und wenn er auch keine zwölf Unzen trägt, ist er doch des Mitnehmens wert.“

„Paciencia amigo“, sagte der Alte trocken und mit unzerstörbarem Gleichmut — „wenn der Tag dämmert, werden wir's sehen.“

„Und glaubst Du, daß ich helles Tageslicht abwarten soll, mich von den Schufren naher wie einen Hund todschießen zu lassen, wenn ich mich nur in Kugelnähe auf dem Schnee blicken lasse?“ tobte der Henker. „Jetzt augenblicklich müssen wir den Angriff wagen, oder sie ziehen morgen früh aus und ab vor unsern Augen, ohne daß wir es hindern können. Die punto del vaca ist außerdem noch die einzige Hütte, an die ein Anschließliches möglich wäre, wenn ich überhaupt Lust hätte, mich weiter in die Schneeregion hinein zu wagen.“

„Aber amigo,“ sagte der Alte, „Du wirst Dir selber — Fuego!“ unterbrach ihn, ingrimmig den Boden stampfend, der Henker — „Du wirst reden, wenn ich Dich frage, und nun voran! Wohl verstanden, Du bleibst dicht an meiner Seite — es könnte sein, daß ich Dich brauche.“

Der Henker wandte sich von ihm ab, der alte Beon aber murmelte leise vor sich hin:

„Glaub's wohl, um irgendwas zur Scheibe zu dienen, während die übrigen von der andern Seite anschleichen — aber paciencia!“ — und ruhig seinen Vorschlag etwas fester um sich ziehend, erwartete er den Entschluß des Anführers, dem er sich, wie er recht gut wußte, offen doch nicht widersetzen durfte.

Der mashorquero rief jetzt seine Schar rasch zusammen, und mit der Gegend hier, ja mit jedem Stein und Felsen vorrichtung seit langen Jahren vertraut, bedurfte es auch weiter keiner Beratung. Klar und deutlich wies er jedem den von ihm bestimmten Platz an, um im entscheidenden Moment hervorzubrechen, und zu diesem bestimmte er den Augenblick, wo die Flüchtigen die Hütte selber wieder verlassen würden, um ihren Weg fortzusetzen.

Die casucha der punta del vaca besteht aus einer Doppelhütte von Steinen, und nur wenige Schritte von ihr ent-

fernt läuft die Bank des Tucujado in steilem Gang schräg nieder zu dem unten vorbeistühmenden Strom, den selbst der eilige Winter hier oben nicht unter der starren Decke fesseln konnte. Diesen Weg schlug er selber mit dem alten Beon und noch einem von den Seinen ein, bis sie sich dahin durch den Schnee arbeiteten, wo sie durch den Ausbau der Hütte selber geschützt waren und leicht bis dicht herankommen konnten. Der mashorquero hatte außer zwei kleinen Terzerolen auch noch einen leichten Kasso, ohne den ein Gaucho selten auf einen Kriegszug ausgeht, an seinem Gürtel hängen, und den übrigen noch einmal emporragend, so nahe als möglich an die Hütte hinanzurücken, begann er selber seinen weniger gefährlichen als mühseligen Brad zu verfolgen.

Dem alten Beon war indessen die ganze Jagd von Grund aus verleidet worden. Weiteren Mühseligkeiten und Gefahren zu entgehen, hatte er sich den Treubruch gegen die Fremden zuschulden kommen lassen, und jetzt mußte er in stockdunkler Nacht, zitternd vor Frost, dem nächtlichen Ort durch den tiefen eisigen Schnee wieder entgegenziehen, eine Kugel sein Lohn, wenn er von dort gesehen wurde, während der mashorquero hinter ihm wenig Umstände gemacht haben würde, ihn sein Messer schießen zu lassen, so er sich nur im mindesten dessen Befehlen widersetzte. Er wäre auch mit dem größten Vergnügen zum zweitenmal desertiert, aber wie erit hier fortkommen? Und gelang ihm das wirklich, hatten die Fremden dann nicht volle Ursache, seinen guten Absichten jetzt nicht zu glauben und ihn als einen Feind zu behandeln? — Was war überhaupt aus seinem Kameraden geworden?

Nur unendlich langsam rückten sie indessen vorwärts, denn der Schnee gab oft nach unter ihren Füßen, und wenn auch der Abhang im ganzen nicht so steil war, daß er unpassierbar gewesen wäre, kamen doch hier und da einzelne Stellen, an denen es schroff und tief hinabging, und die sie zur äußersten Vorsicht zwangen, der dünnen Schneedecke nicht zu viel zu vertrauen. Endlich erreichten sie den Teil des Ufers, der von dem Eingang der Hütte aus nicht mehr gesehen werden konnte, und der Beon mußte dem Anführer der Bande jetzt genau beschreiben, in welcher der beiden Hütten die Flüchtlinge ihr Lager aufgeschlagen hätten, wie viel Gewehre und Pistolen sie bei sich führten, und von welchem Körperbau besonders die beiden jüngeren Männer waren.

Felipe hatte bis jetzt gehofft, daß er selber zum Retagroszieren ausgesandt werden würde, und schon allerlei Pläne darauf gebaut. Der mashorquero schien ihm aber keineswegs zu trauen, und dem mitgenommenen Burschen ein sel-

führender Gewerkschaftler zu seinen Mitgliedern rechnen können. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei sind es — bis jetzt — R. Schmidt, Sachse, Silberichmidt, Legien, Brey, Hoch, Horn, Geyer, Bock, Hildenbrand, Koske, Simon und Körsten. In auswärtsreicher Stichwahl stehen noch eine ganze Anzahl Gewerkschaftsführer, unter ihnen auch Hue und Severing, die dem Reichstag schon in der vorigen Legislaturperiode angehörten. Bömelburg ist, durch flüsternde Leiden gepackt, leider aus den Reihen der Arbeiterkämpfer ausgeschieden.

Von der christlich-nationalen Arbeiterbewegung muß diesmal erst noch abgemartelt werden, was sie an Vertretern in der Stichwahl durchbringt. So weit wir übersehen können, sind bis jetzt als christliche Gewerkschaftler nur gewählt Becker und Schirmer, Giesberts, Behrens, Wiebeberg und Schiffer stehen noch in Stichwahl. Zu ihnen gehört auch Sauer mann, der im Saargebiet aufgestellt ist, sehr gegen den Wunsch der christlich-gewerkschaftlichen Leitung, die darin eine Gefahr für den Glauben an die parteipolitische Neutralität der — Zentrumsgewerkschaften sieht. Was dort, wo sie noch nicht allzuviel Erfolg gehabt hat, natürlich schwer ins Gewicht fällt.

Am schlechtesten kommen wieder die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften weg. Ihr Kollege Braun, der in Dortmund für die Demokratische Vereinigung kandidierte, fiel ebeno gleich in der Hauptwahl durch wie Schmidt, der von der Fortschrittlichen Volkspartei in Duisburg, und Schumacher, der für dieselbe Partei in Randow-Greifenhagen aufgestellt war. Goldschmidt und Erkelenz, der erste in Rothenburg-Hoyerswerda, letzterer in Sieben aufgestellt, sind beide ebenfalls nicht einmal in die Stichwahl gekommen.

Es bleibt also wieder bestehen, was schon durch die Vergangenheit bewiesen war, innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages sitzen die meisten Arbeiterorganisationsvertreter, hier ist ihnen die selbstverständliche Basis zum Kampfe gegen die reaktionäre Arbeitergesetzgebung gegeben!

## Der Raubkrieg.

Vom Kriegsschauplatz liegt folgende Meldung vor: Eine italienische Truppenabteilung stieß auf dem Maridje nach Garqareh auf den Feind. Es entspann sich ein erbitterter Kampf, der bis 6 Uhr abends dauerte und mit dem Rückzug der Araber endete. Bei den Italienern sollen 50 Mann außer Gefecht gesetzt worden sein.

In eine etwas kritische Lage ist Italien durch die Beschlagnahme des französischen Dampfers „Carthage“ geraten, der die weitere des Dampfers „Maruba“ gefolgt ist, den man nach Auslieferung der an Bord befindlichen türkischen Offiziere und Soldaten inzwischen wieder freigelassen hat. In der französischen Kammer hatte gerade Poincaré die Freigabe der „Carthage“ zur Beruhigung mitgeteilt, als die Nachricht von der „Maruba“ eintraf, die lebhafteste Entrüstung wachrief. Poincaré beklor die Abgeordneten ihre Erregung nicht öffentlich zum Ausdruck zu bringen, sondern sich bis Montag nächster Woche zu gedulden. In der Tat kam der Zwischenfall auch am Ende der Kammer Sitzung nicht weiter zur Sprache. Der „Temps“ schreibt: Wie das Vorgehen zeigt, ist Italien entschlossen, bei seinem Irrtum zu beharren. Wir hätten es bei den zwischen Frankreich und Italien seit 10 Jahren bestehenden Beziehungen nicht für notwendig gehalten, daß diese Streitfrage durch eine juristische Auseinandersetzung geregelt wird. Zu unserem Bedauern bleibt jedoch nur dieses Verfahren

ner Zerzerole und die nötigen Befehle gebend, sandte er diesen nach dem Rücken der Hüfte hinauf, um dort das Zerzerol auf den Rücken der Männer, der sich zeigen würde, aus seinem Versteck heraus abzufeuern, und sich nachher auf seine Beine zu verlassen, um wieder zu entkommen.

Der Peon verlangte jetzt von seinem Begleiter wenigstens sein Messer zurück, um sich, im Fall es zu einem Handgemenge käme, verteidigen zu können; der mashorquero verweigerte ihm dasselbe aber mit einem kräftigen Kluck und schwur, die einzige Art, wie er je wieder ein Messer von ihm bekommen solle, sei zwischen die Rippen oder in die Kehle.

Die Nacht war indessen mehr und mehr vorgerückt, und hinter ihnen lag schon der Morgenstern über die schroffen Klippen des mächtigen Gebirges. — Der Tag konnte nicht mehr fern sein, aber noch immer ließ sich nicht das mindeste Zeichen irgend eines lebenden Wesens von der Hüfte herab hören oder erkennen. Der Henker wurde ungeduldig. — So lagen sie wohl noch eine halbe Stunde, die Glieder fast zu Eis erstarrt, und über dem Schnee dämmerte indessen der junge Tag. Während die Schlucht unter ihnen noch in tiefem Dunkel lag, schloß über die schneeigen Klippen, die schroff und hart in den überbedeckten Nachthimmel hinaufstiegen, ein lichter bläulicher Schein; die Gänge und Kanten gemauerten Ausdruck in Form und Farbe, und es war fast als ob weiße gigantische Körper aus dämmern den Nebelwäldern emporstiegen und höher wüchsen, indes das steigende Licht ihnen Kraft gab und ihre Glieder reichte.

„Ich halt's nicht mehr aus!“, rieferte der Peon endlich, der, von dem scharfen Südostwind abgekehrt, vergebens die letzte Stunde schon gesucht hatte, seine Glieder zu erwärmen — „mir ist das Blut in den Adern getrunnen.“

„Doch ich's nicht häufig mag!“ drohte der mashorquero, aber, beim Teufel! mir wird die Zeit hier auch schon lang, und ich brauche gar nicht, was die Kanonen so lange im Banne hält. — Dein Kamerad, der Schütz von Unitarier, hat jedenfalls etwas ausgeplaudert, und mir zuck's ordentlich in den Armen, mein Messer da an ihm — und an Dir zu verziehen. — Ruhe! — was helfen mir Deine Beten, umgarn, mach' Dich fertig, wir wollen den Spuren unseres vorangegangenen Spions folgen und der Wande zu Leibe rücken, die übrigen werden jetzt auf ihren Kösten sein. — Ich will, beim Teufel! nicht wochenlang im Sattel geblieben haben, um jetzt unversichteter Sacke wieder abzuziehen. Da, companero — frische einmal zurück bis zu jenem kleinen Borzprung — von da muß Du die Tür der Hütte in Sicht haben — was verstehst, ob Du nichts von dort erkennen kannst.“

(Schluß folgt.)

übrig, das gewiß nicht im Interesse der beiden Länder liegt. Das „Steele“ meint: Schon wegen der Sicherung unterer afrikanischen Besitzungen kann Frankreich eine derartige Schädigung des Verkehrs nicht dulden. Aber selbst, wenn keine so wichtigen Interessen auf dem Spiel ständen, würde unser Land eine solche Verletzung seiner Würde nicht ertragen.

Die Beschlagnahme der „Manuba“ hat die unter der Bevölkerung von Marseille herrschende Erregung noch gesteigert. Die Behörden haben weitere Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um Ausbreitungen gegen die etwa 10 000 dort anlässigen Italiener zu verhindern. Das italienische Generalkonsulat wird durch Polizei überwacht.

## Die Republik China.

Gestern früh wurde im Palast zu Peking eine längere Beratung über die Abdankung des Thronbesitzers abgehalten. Sie mußte jedoch vertagt werden, ohne ein Ergebnis erzielt zu haben. Die führenden Prinzen sprachen sich für bedingungslose Abdankung aus, aber drei jüngere Prinzen sowie der ehemalige Tatarengeneral Silliang von Nanking erklärten sich nicht damit einverstanden, daß sich der Hof nach Behol zurückziehe. Es ist sehr schwer, die Einzelheiten der Abdankung zu bestimmen. Es sollen angeblich zwei Edikte erlassen werden: In dem ersten Edikt soll Suanichikai Vollmacht erhalten, eine republikanische Regierung zu errichten. Suanichikai wird annehmen. Die Konferenz der Delegierten aus 17 Provinzen, die jetzt in Nanking verammelt ist, wird ihn zum Präsidenten wählen, während Dr. Shunjatien zurücktritt. Suanichikai wird die Präsidentschaft annehmen, und danach wird der Thron in einem zweiten Edikt abdanken. Nach der Abdankung wird Dr. Shunjatien nach Peking gehen, um mit Suanichikai über die Bildung einer neuen Regierung zu beraten. Die republikanischen Führer sind bereit, dem Kaiser nach seiner Abdankung den Titel eines Mandchu-Kaisers, aber nicht den Titel eines Kaisers von China zu lassen. Suanichikai hat an dieser Konferenz nicht teilgenommen und wird auch bei der heute stattfindenden Konferenz nicht anwesend sein. Suanichikai beantragt, dem Hof Pensionen in einer Gesamtsumme von 5 Millionen Taels jährlich zu gewähren. Besondere Ehren sollen der Kaiserin-Witwe bezeugt werden, weil sie die Witwe Kwankwies ist, des ersten Reformers unter den chinesischen Kaisern. In Peking wird ein Aufstand der Mandchus befürchtet. Die Lage ist kritisch.

Die Täter des Bomben-Attentats auf Suanichikai waren Revolutionäre, die zu diesem Zweck aus dem Süden herangelandet wurden. Der Attentäter und ein Komplize, bei dem noch eine Bombe gefunden wurde, sind erdrosselt worden. Peking ist vorläufig noch ruhig, wenn auch in äußerster Spannung, denn immer beunruhigendere Nachrichten treffen hier ein. Es zeigt sich immer mehr, daß die Revolutionäre sich durchaus nicht an den Waffenstillstand kehren, sondern ihn nur dazu benutzen, Truppen nach dem Norden vorzuziehen. In Tschifu sind bereits drei chinesische Kreuzer mit ca. 1500 Mann gelandet.

Nach Erklärung der Abdankung werden ernstliche Unruhen hier befürchtet. Auch Suanichikai hat sich dahin ausgesprochen, daß zunächst eine Zeit völliger Anarchie zu erwarten sein dürfte, der dann eine Kuliwirtschaft folgen werde. Dieser werde erst die fremde Intervention ein Ende machen.

Der von Sianfu in Schensch in Peking angekommene bel Beginn der Unruhen totgelagte deutsche Postmeister Henne bestätigt die Nachrichten von den schrecklichen Mordanschlägen, die an den dortigen Mandchus verübt worden sind. Zehntausende sind einfach hingeschlachtet und nur die Frauen übrig gelassen worden, um nachher verteilt zu werden.

Auf die Aufforderung der Mongolen verließ der oberste chinesische Beamte in Ulassutai freiwillig seinen Posten. Die chinesische Garnison lieferte die Waffen aus. Die ihres Amtes enthobenen chinesischen Beamten fanden vorläufig Zuflucht bei chinesischen Handelsfirmen. Die Abreise in die Heimat jetzt im Winter ist insolge des Mangels an Transportmitteln sehr erschwert. — Die Blättermeldung, daß China die russische Regierung gebeten habe, eine Hundertmillionen-Anleihe zu organisieren und dafür die völlige Abtretung der Mongolei angeboten habe, ist eine Erfindung. (Ra, na!)

## Verhöhnung der Armen.

In einer der letzten Nummern des Blattes „Die Dresdner Hausfrau“ fragt jemand aus Niederpreßlerweg an:

Wie kann ich am besten mit einem Wirtschaftsgelde von 60 Mk. pro Monat auskommen? Es sind fünf Kinder im Alter von 4 bis 14 Jahren und zwei Erwachsene zu bestreiten, und alles arme Elter.

Es handelt — wie die „Dresdner Volkszeitung“ meint — sich offenbar um einen schlecht bezahlten unteren Beamten, dessen Frau so fragt. Die Antwort auf diese typische Frage ist folgendermaßen ausgefallen:

„Es ist ein schweres Rätsel, mit 60 Mk. Wirtschaftsgeld pro Monat bei einer siebenköpfigen Familie auszukommen. Für mich würde es nicht schwer sein, wohl aber für Sie, liebe Frau — wenn Sie einen verordneten Magen haben könnten, denn auf Braten von Kalb-, Rind- oder Schweinefleisch müssen Sie leider verzichten, während Geflügel- und Wildbraten Ihnen nur Phantombelieben bleiben werden. Aber verzichten Sie nicht; wir sind alle groß und stark geworden — ich komme aus vierzehnköpfiger Familie — und meine Mutter hatte nur 10 Mk. Wirtschaftsgeld pro Woche. Wundern Sie sich auch nicht, daß Ihnen dieses hier ein Wana schreibt; Sie dürfen deshalb nicht denken, daß ich ein Topfauter bin. Aber wirtschaftlich bin ich erzogen worden, und es wäre besser um manche Arbeiterfamilie bestellt, wenn der Mann sich um — seine — Wirtschaft resp. Familie kümmerte, anstatt in — der Wirtschaft — über seine Not zu jammern und die übrigen Pfennige zu vertrimmen. Vor allen Dingen nehmen Sie von den 60 Mk. das Brotgeld weg; ich habe 31 Tage, pro Tag zu 7 Pfund, zweite Sorte, pro Pfund 13 Pf. gerechnet (das macht 23,1 Mk.). Dieses Geld müssen Sie unbedingt wegnehmen und aufspalten, daß Sie nicht mehr ausgeben, als täglich 7 Pfund. Dann bleiben Ihnen noch

81,79 Mk. Rubbutter können Sie sich selber nicht leisten, da nehmen Sie einen guten Butterersatz, 8 Pfund a 80 Pf., gleich 5 40 Mk. Dieses Geld muß auch weggenommen werden. Mit dieser Butter müssen Sie sehr sparsam umgehen und zu Hause bekommen die Kinder — Salz und Brot. Es bleibt Ihnen noch 26,39 Mk. Jetzt rate ich Ihnen, noch gleich am 1. einen ganzen Zentner Kartoffeln und 80 Pfund Mehl zu kaufen (das macht 10 Mk.). Bleiben noch 16,39 Mk. — für einen ganzen Monat (pro Tag 54 Pf.) Jeden Morgen gibts Mehlsuppe, mittags Kartoffelmus mit Zwiebel, für den Mann für 10 Pfennig Blutwurst, oder gelbe Rüben mit Markknöchen vom Schops, Seelachs mit Senfsauce, Perling mit Weißkartoßeln, Rinken mit Speck. Von Gerswürst kann Abendsuppe gefocht werden; ferner gibt es abends Röhre mit Wflaumenmus. Si se in Milch, Quark mit Kartoßeln. Wohnen Sie in der Nähe einer größeren Stadt, dann können Ihre Kinder in Hoteltchen für zehn Pfennig Abfallfleisch holen. Ich habe in meiner Kinderzeit manchen Korb voll nach Hause getragen. Auch ist es nötig, daß die Kinder nebenbei mitverdienen, sei es durch Reinigungsarbeiten, als Laufbursche oder sonstwie. Versuchen Sie meine Ratschläge zu befolgen, und es wird gehen!“

Eine frechere und brutaler Verhöhnung des Gläubigen ist so bald nicht dagewesen. Hoffentlich merken sich die weiteren Beamten der Lehre, daß ihnen die Weltkassen aus der Abfallkammer der Hotels als erstrebenswerte Nahrung angewiesen wird.

## Aus Nah und Fern.

**Methylnalkohol.** In dem Strafverfahren gegen den Urheber der Vergiftungsfälle in dem Berliner Obdankhofen, den Drogerien Scharmach aus Charlottenburg, sind die Ermittlungen soweit gediehen, daß die Erhebung der Anklage unmittelbar bevorsteht. Scharmach stellt jede Schuld in Abrede und behauptet, daß ihm schon aus dem Grunde niemals der Gedanke an eine Giftigkeit des von ihm verkauften Methylnalkohols gekommen sei, weil er stets selbst, auch mit zahlreichen Freunden und Bekannten, den mit Methylnalkohol angelegten Schnaps getrunken habe, ohne irgendwelche Folgen verspürt zu haben. Außerdem sei ihm bekannt gewesen, daß in einem außerhalb verhandelten Prozeß von mehreren Sachverständigen keinerlei Einwände gegen die Verwendung von Methylnalkohol erhoben worden seien. Die unglückliche Verteuerung des Kartoffel- und Kornpreises habe viele Vorkaufabrikanen veranlaßt, sich nach einem billigeren Ersatzmittel umzusehen. In einigen Gegenden Deutschlands werde schon seit längerer Zeit zu dem billigeren Schnaps Methylnalkohol verwendet, ohne daß irgendwelche Krankheitserscheinungen sich ergeben hätten. Scharmach, der sich noch in Untersuchungshaft befindet, hat durch seinen Rechtsanwalt einen erneuten Antrag auf Haftentlassung stellen lassen, nachdem inzwischen durch Verwandte die geforderte Kaution aufgebracht worden sei.

**Der Kemscheider Fenstersturz.** Gegenüber der Sozialdemokratie blüht unsern Gegner jedes Mittel recht, auch das schmutzigste. Um die Wähler vor der Sozialdemokratie gruselig zu machen, lag man sich eine Geschichte zusammen, die in den bürgerlichen Blättern abgedruckt wurde. In den Berichten wurde erzählt, daß sich in Kemscheid der verheiratete Arbeiter Steinig aus dem Fenster des dritten Stockes gestürzt hat, weil er von seinen sozialdemokratischen Arbeitskollegen wegen seiner Zugehörigkeit zur Zentrumspartei fortgesetzt drangsaliiert wurde. „Seht Wähler, diesen roten Terrorismus, wählt keinen Sozialdemokraten.“ Das ist der Sinn des Dekretes.

Und was hat es in Wahrheit mit dieser Mordgeschichte für eine Bewandnis? Um geklärt wird ein Stiefel draus. Der übrigens schwachbegabte Steinig ist ein Opfer der Affäre Jung, jener gelben Brüder, die sozialdemokratische Arbeitskollegen unausgesetzt belästigen und schließlich selbst nicht davor zurücktreten, den sozialdemokratischen Mitarbeitern Gift in den Kaffee zu schütten. Die „Kemscheider Arb.-Ztg.“ hat seinerzeit über den Fall ausführlich berichtet. Der Nachbarbeiter Jung hatte einem seiner Mitarbeiter (die er und seine Kumpanen schon immer wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation in der größtenteils Weise belästigt hatten) heimlich Quecksilber in den Kaffee getan. Der Vergiftungsversuch mißlang, weil der Arbeiter beim ersten Schluck das Zeug ausspuckte. Steinig war Zeuge der Gemeinheit des Jung und zu ihm sagte der Jung auch: „Wenn Bugheim das (Gift) eingenommen hätte, wäre er verreckt.“ Steinig teilte diese Äußerung dem Arbeiter Bugheim — dem das gemeine Attentat galt — mit und wurde von diesem der Polizei als Zeuge genannt. Steinig wurde nun zu dem Polizeikommissar geladen und von diesem vernommen. Nach dieser Vernehmung war Steinig sehr erregt. Seinen Mitarbeitern gegenüber führte er wirre Reden und in diesem Zustand hat er denn auch den Sprung aus dem Fenster getan. Der Weiler des Steinig, dessen Mitarbeiter, und die Frau des Steinig bestätigten, daß Steinig nur von der Jung-Affäre gesprochen hat. Das sind Tatsachen und trotz dieser offenkundigen Wahrheit erlaubt sich das bürgerliche Pressebüchlein, den Vorfall der Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen, erlauben sich die bürgerlichen Wahlmacher, von sozialdemokratischem Terrorismus zu lügen. Bmi Teufel!

**140 Männer mit nur dreißig Hosen!** Der „Arbeiter“, das Organ der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, bringt unter obiger Überschrift eine Notiz, die der Verbreitung wert ist. Wir lesen: „Die Württembergische Reichstagswahlurne erzählt: Liberal 431, Bund der Landwirte (Kompromißkandidat auch des Zentrums) 47, Sozialdemokrat 547 Stimmen. Da in Württemberg der Bund der Landwirte bei der protestantischen Bevölkerung, die hier weitaus überwiegt, immerhin mehrere Anhänger besitzt, so fallen auf die Anhänger des Zentrums in sämtlichen Kreise 80 Stimmen. Dabei zählt der katholische Männer- und Arbeiterverein 140 Mitglieder. An der Wahlurne dürften von diesen sehr wenige gefehlt haben. Folgt: An die 100 charakterlose Kammerfiguren hinken nach beiden Seiten.“ Von 140 katholischen Arbeitervereinsmitgliedern wollen mehr als 100 nichts vom Zentrum wissen. Daher werden sie als „charakterlose Kammerfiguren“ als „Männer ohne Hosen“ bezeichnet. Macht nichts, Hauptsache ist, daß die katholische Arbeiterschaft anfängt, das Zentrum als „Volkspartei“ wie als „Schützerin der christlichen Religion“ abzulehnen. Das Zentrum ist weit davon entfernt, Religion zu vertreten, wie es auch keine ernsthafte Vertretung der Volksinteressen kennt. Das sehen zum Glück immer mehr katholische Arbeiter ein!

**Begnadigung des „Stadtkönigs“ Morse.** Präsident Laft hat auf dem Gnadenwege dem einflüchtigen „Stadtkönig“ Charles Morse, der wegen Betrugs und Waffenunterstützungen vor längerer Zeit zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt worden war und im Gefängnis zu Atlanta die Strafe verbüßte, den Rest der Strafe im Gnadenwege erlassen. Für die Begnadigung hatten seine Frau und seine Freunde in Nordamerika und in Europa Tausende von Unterschriften gesammelt, um dem Verurteilten die Freiheit wieder zu ver-





## Die Sozialisten und die türkische Verfassungskrisis.

Genosse Parvus schreibt uns:

„Zurzeit, da die Korrespondenz eintrifft, wird das türkische Parlament aller Voraussicht nach schon aufgelöst sein. Die Kämpfe der letzten Wochen, die freilich mehr in Schiebungen und Intrigen außerhalb des Parlaments und in der Umachung des Sultans als in parlamentarischen Verhandlungen verließen, haben gerade noch ausgereicht, um zu zeigen, daß es in diesem Parlament wohl eine Opposition gibt, der jedes Mittel an ist, um zur Macht zu gelangen, daß aber diese Opposition in ihrer Mehrheit stets bereit ist, die parlamentarischen Rechte des Volkes zu verkaufen oder zu ver-raten. Nicht wegen der Verfassungsänderung ging man auseinander, sondern wegen der Frage der Belegung des Großveziers. Die einzigen, die eine unentwegt demokratische Stellung einnahmen, waren auch hier, wie in der ganzen Welt, die Sozialisten. In unserem Namen sprach Genosse D. Blachoff, dessen Rede, da sie kennzeichnend ist für die Situation, ich hier kurz wiedergeben will.“

Genosse D. Blachoff deckte vor allem das heuchlerische Spiel auf, das mit dem monarchischen Prinzip getrieben wird. Es gilt auch hier, wie überall: der König absolut, wenn er unseren Willen tut. „De jure wird es der Herrscher sein, der von den durch Said Pascha vorgesehene Machterweiterungen der Krone profitieren wird, de facto aber das jeweilige Ministerium, ob es nun von einem Kamil oder Said oder Hakkı oder Ferik präsiert wird.“ Der Monarch wird bloß eine Strohpuppe in den Händen der jeweilig herrschenden Clique sein, die die Verantwortung auf ihn schieben, die Macht aber selbst ausüben wird.

Da sich Said Pascha darauf berief, daß in andern parlamentarischen Ländern die Regierung das Recht habe, das Parlament aufzulösen, so bemerkte dazu Genosse D. Blachoff: „Die Bedingungen sind vor allem anders in un-erem Lande wie in andern Ländern Europas. Wenn z. B. das Haus der Gemeinen in England aufgelöst wird, so denkt niemand an die Möglichkeit eines Staats-streiks. Bei uns aber besteht immerort die Gefahr, weil das parlamentarische System sich bei uns noch nicht vollkommen eingebürgert hat. Wenn es sich darum handelt, bei uns soziale Reformen einzuführen, zögert die Regierung immer dem Beispiele des Auslandes zu folgen, indem sie erklärt, wir seien noch nicht soweit, wie in Europa. Andererseits aber zögert sie nicht, das auf unser Land zu übertragen, was in Europa rückständig ist. Ich habe gesagt, daß die Bedingungen bei uns anders sind, als in Europa. Vergewöhnungen wir uns doch, was uns dazu antrieb, den Artikel 35 in seiner jetzigen Fassung anzunehmen? Die alte Türkei hatte bankerott gemacht; da war es notwendig, das Prestige des Parlaments zu heben, um Vertrauen bei den Volksmassen zu erwecken. Dieser Grund besteht auch jetzt.“

Darauf kritisierte Genosse Blachoff die angebliche Notwendigkeit, die Arbeiten des Parlaments während des Krieges zu unterbrechen, und führte sie auf ihr Nichts zurück. Dann fuhr er fort:

„Als Grund für die Änderung des Artikels 35 der Verfassung wurde angeführt, daß man vom Parlament an die öffentliche Meinung, an den Willen des Volkes appellieren wolle. Allein, um die Volksmeinung zu erfahren, dazu braucht es doch vor allem Zeit, es braucht eine Wahlkampagne, Agitation, Zeitungsarbeit. Mag sein, daß man in andern Ländern in zwei Monaten Neuwahlen ausführen kann. Bei uns, wo es an Kommunikationsmitteln mangelt, ist das unmöglich. Wie soll man also da die Volksmeinung erfahren? Wenn das wirklich euer Ziel wäre, die Volksmeinung so oft wie möglich zu erfahren, da braucht ihr ja bloß, die Legislaturperiode von vier auf zwei Jahre abzukürzen.“

Alle eure Gründe für die Änderung der Verfassung sind nichts als Vorwände. Ihr tut das nur aus Parteirücksichten. Es heißt selbst, daß ausländische Einflüsse dabei eine sehr bedeutende Rolle spielen. Wenn das nicht wahr ist, möge es doch die Regierung demontieren.“

Als im Ben, Minister des Auswärtigen: „Es ist nicht wahr. Die Regierung hat sich bei ihrem Antrag auf Verfassungsänderung durch nichts als bloß durch ihre feste Überzeugung inspirieren lassen.“

Blachoff: Fragen wir uns, welches werden die Konsequenzen der Parlamentsauflösung sein? Die Macht und die Autorität des konstitutionellen Regimes werden verringert. Die Unordnungen in Albanien greifen weiter um sich. Heute selbst haben auch die albanischen Deputierten erklärt, daß sie kein Vertrauen zu der Regierung haben. Ihre einzige Hoffnung sei das Parlament. Und wir, die Abgeordneten Mazedoniens, wir erklären genau dasselbe. Die Auflösung des Parlaments bedeutet, daß in Mazedonien Attentate, Mordtaten und Morde sich häufen werden. Um diesem Zustand der Dinge abzuhelfen, ist unsere einzige Hoffnung das Parlament. Wenn das Parlament aufgelöst wird, werden da nicht unsere Feinde sagen, daß die neue Türkei ebenso bankerott gemacht habe, wie die alte, und daß nichts zu erhoffen sei?“

Genosse Blachoff schilderte, wie die junge Türkei erst die Sympathien der ganzen zivilisierten Welt fand. „Aber nach und nach wendet sich alle Welt von ihr ab und man bezeichnet bereits das gegenwärtige Regime nicht als ein revolutionäres, sondern als die Nachfolgerschaft Abdul Hamids. Die treuesten Freunde einer jun-

gen, einer demokratischen Türkei waren und bleiben die sozialistischen Parteien. Sie trugen Rechenschaft den Schwierigkeiten, mit denen die junge Türkei zu kämpfen hatte, und brachten ihr Vertrauen entgegen. Sie traten mutig gegen den italienischen Imperialismus auf, als dieser die Rechte der Türkei verletzte.“ Genosse Blachoff zählte die wichtigsten Protestkundgebungen der Sozialdemokratie auf und betonte besonders das mutige Verhalten der italienischen sozialistischen Arbeiter. „Aber — setzte er hinzu — wenn wir fortfahren auf dem Wege, auf dem wir uns befinden, so gleiten wir hinunter auf einer abwärtsführenden Bahn und auch die Sympathien des sozialistischen Europas werden uns entzogen werden.“

Die Rede wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört und oft von starkem Beifall unterbrochen. Und dann begann das byzantinische Gaukelspiel von neuem!

Inzwischen ist das Parlament aufgelöst. Jetzt werden die Neuwahlen in sehr kurzer Frist stattfinden. An eine Wahltagung ist kaum noch zu denken. Indessen verhärtet das Kriegsgericht jetzt schon seine Praxen und jeder Tag bringt neue Verbotsgesetze. Unter anderem wurde die griechische Zeitung „Proodos“ verboten, weil sie den Auszug einer Telegraphenagentur aus einer Korrespondenz des Genossen Parvus über die Verfassungskrisis brachte. Da die Leser wissen, wie sehr objektive seine Berichte gehalten sind, so können sie sich daraus eine Vorstellung über die türkische Pressefreiheit bilden.

## Von der kapitalistischen Freiheit.

Es geht nichts über die kapitalistische Freiheit, die jedem das Recht zuspricht, zu kaufen was er will, vorausgesetzt, daß er das notwendige Geld dazu hat. Ein paar Großkapitalisten kaufen die Rodenbüche eines ganzen Landes zusammen, diktiert den Verbrauchern die Preise nach Belieben und behandeln die Arbeiter, die die Schätze heben, als Sklaven. Es lebe die Freiheit!

Zwei kapitalistische Konsortien vereinigen Unternehmungen, die sie bisher getrennt betrieben. Arbeiter und Angestellte, die die kapitalistische Freiheit genießen, für lärglichen Lohn Jahrzehnte hindurch auf der gleichen Arbeitsstätte arbeiten zu dürfen, werden, während das Kapital seine Betriebe fusioniert, stillgelegt. Es lebe die Freiheit!

Zwischen den Norddeutschen Spiritwerken in Hamburg und der Dampf-Kornbrennerei und Preßhose-Fabriken Akt.-Ges., vorm. Feinr. Helbing in Wandsbek wird eine Interessengemeinschaft abgeschlossen, die beiden Gesellschaften eine Verbilligung ihrer Ankoften ermöglichen und eine vor-teilhafte Ergänzung der Wirkungskreise beider Unternehmungen herbeiführen soll. Anstehend haben die Dampf-Kornbrennerei und Preßhose-Fabriken Aktien-Gesellschaft die Interessengemeinschaft, die in diesen Tagen angegründet wurde, recht sorgsam vorbereitet. So berichtet der „Proletarier“, das Blatt des Fabrikarbeiterverbandes, in seiner Nummer vom 25. November des Vorjahres:

Bei der Dampf-Kornbrennerei, vorm. Helbig, wird unter den alten Arbeitern seit langem aufgeräumt. Einer von ihnen hat vergeblich andre Arbeit aufnehmen wollen, und als ihm nichts mehr gelang, ist er freiwillig aus dem Leben gegangen, indem er bei aller Schustererei sich keinen auch noch so kümmerlichen Lebensabend erkämpfen konnte. Nun hat man in demselben Betrieb wieder einen alten Arbeiter gehen lassen, der 32 Jahre dort Mehrwert geschaffen hat. Warum? Der Direktor antwortete dem Alten: „Ich habe keine Arbeit mehr für Sie!“ Mag er nun sehen, wo er bleibt, und ob ihm sonst noch jemand Arbeit gibt. Daß der Arbeiter seine Pflicht immer erfüllte und zu seiner Entlassung keinen Anlaß gegeben hat, mag folgendes Abgangszeugnis beweisen:

Zeugnis.  
Wir bescheinigen hiermit, daß Herr . . . . ., geboren am 27. September 1858 zu Adendorf, vom 24. April 1879 bis heute bei uns als Arbeiter beschäftigt war. Derselbe war in jeder Hinsicht ehrlich, fleißig und führte die ihm übertragenen Arbeiten zu unserer vollsten Zufriedenheit aus.

Dampf-Kornbrennerei und Preßhose-Fabriken Akt.-G.  
vormals Feinr. Helbing.  
Joh. Groth. J. Poß.

Nun geht der „treue Arbeiter“, der immer ehrlich und fleißig war und alle Arbeiten zur vollsten Zufriedenheit der Unternehmer ausführte.

Im Jahre 1911 wurde dieses Zeugnis ausgestellt. Dabei ist das Leben dieses Mannes kein Einzelstück, sein Geschick erfahren viele seiner Kameraden alltäglich. Sie alle haben die Freiheit, freiwillig aus dem Leben scheiden zu können, sie haben auch die Freiheit, die Todesart selbst zu bestimmen.

Wer wollte so vermaßen sein, diese Herrlichkeiten der kapitalistischen Freiheit durch den Zwang im „sozialistischen Zuchtstaat“ erlegen zu wollen, in dem es zu den Un-möglichkeiten gehören würde, daß Greise nach einem Leben schwerer Arbeit die Freiheit haben sollen — zu ver-hungern. —

## Aus der Partei.

Johann Baptist v. Hoffstetten. Gestern vor 25 Jahren wurde auf dem freireligiösen Friedhof in der Bappelallee in Berlin ein Mann begraben, der jahrelang für die Partei kämpfte und — litt: J. B. v. Hoffstetten. Einem alten, bayerischen Adelsgeschlecht entstammend, wurde er Offizier und eine glänzende Zukunft schien ihm bevorstehend. Um seinen schriftstellerischen Neigungen folgen zu können, quittierte er etwas schwärmerisch veranlaßt Hoffstetten jedoch bald den Dienst. In Berlin, wohin er überfiedelte, lernte er Ferdinand Lassalle kennen. Glühende Begeisterung für die Sache des Proletariats trieb ihn an die Seite des großen Agitators und enge Freundschaft verband bald die beiden Männer. Als Lassalle in Genf sein unglückseliges Duell mit dem Bofaren Rawowiza ausfechten mußte, regelte auf Lassalles dringenden Wunsch v. Hoffstetten als „Unparteiischer“ die notwendigen Formalitäten. Auch mit Schweitzer, dem Nachfolger Lassalles in der Leitung des

Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, wurde von Hoffstetten beauftragt. Infolge der Ausbreitung der sozialdemokratischen Idee wurde der Mann eines eigenen Parteiraums immer fühlbarer. Hoffstetten hatte schon mit Lassalle wegen der Gründung einer Zeitung gesprochen, der aber die Idee noch verwarf. Da stellte v. Hoffstetten sein Vermögen zur Verfügung und am 15. Dezember 1884 erschien die Probenummer des „Sozialdemokraten“. Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, das erste sozialdemokratische Parteiorgan Deutschlands, v. Hoffstetten war Redakteur, als Mitarbeiter waren Hermann Marx, Engels, Liebknecht usw. genannt. Später benannte die Zeitschrift v. Hoffstettens Arm und kränzlich schlug er sich als Berichterstatter kümmerlich durchs Leben. Durch Schicksalsschläge wohl verbittert, blieb er trotzdem seinen Idealen treu bis zum letzten Atemzuge. Am 15. Januar 1887 schloß er nach längerem Kranklager die Augen. Die Berliner Arbeiterschaft gab ihm ein ehrendes Geleit. Aber tausend Genossen folgten seinem Sarge und reiche Kranz-legenden legten Zeugnis ab von der Verehrung die dieser selbstlose, ideale Mann in den Reihen der Berliner Arbeiter genoss.

Der erste sozialdemokratische Magistratsrat in Rastatt. In der Stadt Rastatt wurde gestern Genosse Müller als Stadtverordneter mit elf von 16 Stimmen in den Stadt-magistrat gewählt.

## Kommunales.

Notstandsarbeiten in Mainz. Zu Anfang des Winters wurde die Bürgermeisterei wegen der Notstandsarbeiten interpelliert; damals hieß es vom grünen Tisch aus, die Industrie ist im Aufschwung begriffen, vorläufig brauchen wir keine Vorsichtsmaßregeln zu treffen“. Jetzt, nachdem durch die Kälte größere Arbeitslosigkeit eingetreten ist, hat man sich doch entschließen müssen, 8000 Mk. für Notstandsarbeiten zu bewilligen.

## Soziales.

Eine Ursache der Kindersterblichkeit. In der hiesigen „Wfälischen Volkszeitung“ finden wir über eine Predigt des Pfarrers in Erlenbach folgendes Eingekleidete einer Mutter und Kirchenbesucherin: „Anlässlich des Silvester-gottesdienstes am verflochtenen Sonntagabend genötigte sich der Herr Pfarrer von Erlenbach, zu dessen Kirchspiel die hiesige (gemeint ist die Siegelbacher) protestantische Filial-pfarre gehört, bei der Bekanntgabe der letztjährigen ständes-amtlichen Eintragungen — in welchen u. a. 16 Todesfälle von Kindern im ersten Lebensjahre haurterten —, die Bemerkung, daß an dieser traurigen Tatsache größtenteils die in Frage kommenden Mütter selbst die Schuld trügen, da sie es durch ihre zu häufige, durch Gras- und Holzholen bedingte Abwesenheit an der nötigen Pflege und Sorgfalt den Kleinen gegenüber fehlen ließen. Hätte der Herr geahnt, welche Wirkung seine Worte auslösen würde, so hätte er sie sicher unterlassen. Denn den zahlreichen anwesenden Frauen, und nicht nur solchen, die dieser Vorwurf direkt traf, ging derselbe so zu Herzen, daß sie in Weinen und Schluhen ausbrachen. Nach Schluß des Gottesdienstes, außerhalb der Kirche, machte sich dann aber unter den Heimkehrenden beiderlei Geschlechts über diese „erbauliche“ Silvesterpredigt die Ent-rüstung und Erbitterung in der unzweideutigsten Weise Luft, und es wäre nur zu wünschen gewesen, der Herr Pfarrer hätte das Urteil über diese — gelinde gesagt — Ent-gleichung, wie auch seine sonstigen während der Predigt gegen die hiesige Bevölkerung erhobenen Vorwürfe und antipathi-schen Bemerkungen aus nächster Nähe mit eigenen Ohren angehört, er würde sich in Zukunft zweifellos von solchen Anwandlungen fernhalten. Wenn man sich die schon seit Jahrzehnten nicht mehr dagewesene außergewöhnliche Höhe vergegenwärtigt, die nicht nur in unserer Gemeinde, sondern allüberall, fast auf dem ganzen Erdrund, isoviele Opfer forderte und besonders bei den Kindern zum Würgengel wurde, so ist es geradezu unverständlich, wie gegen die betreffenden Mütter, welche die Sorge um die Familie auf einige Stunden während des Tages hinaus in den glühenden Sonnen-brand trieb, ein derartiger Vorwurf erhoben werden konnte, noch dazu von Seiten ihres Seelorgers. Daß sich der Darmtumor, der in den meisten Fällen die Todes-ursache bei den Kindern im Säuglingsalter bildet, bei einer derartigen Hitze und Trockenheit der Luft auch bei der auf-opsendlichen Pflege nicht verhindern läßt, ist ja so allbe-kannt, daß jedes weitere Wort zur Beweisführung als überflüssig betrachtet werden kann. Wir weisen deshalb den uns gemachten Vorwurf der Verletzung unserer Mutter-pflicht ebenso bestimmt als entschieden zurück und hoffen, daß wir in Zukunft von derlei Unterstellungen von der Kanzel herab verschont bleiben mögen.“ Ein netter Seelorgler, der die arbeitenden Mütter verantwortlich macht für das allzufrühe Absterben ihrer Kinder. Das Glend treibt die Mütter hinaus in den Wald, in die Fabriken; hier ruinieren sie sich ihre Gesundheit, und die armen Kleinen bleiben sich allzuviel selbst überlassen. Folgt der Not das Sterben der Kleinen, da erhebt in christlicher Barm-herzigkeit ein kinderloser Geistlicher sein Haupt und ver-dammt die Mütter — nicht die Not! Christus hat den Kreuzestod wirklich nicht verdient um seiner späteren Dienet wegen!

Zentrumsherrschaft und Kriminalität. Mit strupel-loser Unverfrorenheit pflegen die Zentrumsmagogen in den Zentrumsdörfern die Sozialdemokratie als den Ausbund aller Sittenlosigkeit und Unmoral hin-zustellen und dem Volke vorzujagen, daß allein im Schatten der Soutane und in Zentrumsgelbes Moral und Sitt-gebehen. Wenn man hochhaft sein wollte, könnte man seltsame Schlüsse ziehen, wenn man das Ergebnis der Schwur-gerichts-sitzungen für das Jahr 1911 aus der vom Zentrum völlig beherrschten schwarzen Oberpfalz und dem vom Sozialismus stark „durchleuchten“ Mittelfranken ziehen würde. Am Oberpfälzer Schwurgericht in Amberg wurden 1911 106 Personen angeklagt, davon wurden 87 Personen verurteilt, darunter 17 Frauen (angeklagt waren 27 Frauen). Es wurden verurteilt 52 Personen zu 61 Jahren 13 Tagen Gefängnis und 31 Personen zu insgesamt 132 Jahren 11 Monaten 1 Woche Zuchthaus. Weiter wurden 806 Mark Geldstrafe ausgesprochen. 34 Personen mußten die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt werden, vier

Personen wurden zur dauernden Gidestunfähigkeit verurteilt und 7 Personen wurde das Recht, ein öffentliches Amt zu bekleiden, aberkannt. Es handelt sich in 26 Fällen um Meineid, in 15 Fällen um Stillschleichenverbrechen, in 20 Fällen um Raubverbrechen, viermal um Raub usw. Eine Person wurde zum Tode verurteilt und auch hingerichtet. — Im roten Mittelranken, das über 300.000 Einwohner mehr zählt als die schwarze Oberpfalz, waren 1911 nur 75 Personen angeklagt, davon wurden 61 verurteilt und zwar zu 64 Jahren, 8 Monaten Gefängnis und 51 Jahren Zuchthaus. (Amberg fast 188 Jahre.) Eine Todesstrafe wurde in Mittelranken seit 1908 nicht mehr ausgesprochen. Die Meineidverbrechen, Raub- und Stillschleichenverbrechen sind in Mittelranken um die Hälfte geringer als in der Oberpfalz. Frauen waren im industriellen Mittelranken, wo Zehntausende von Frauen und Mädchen in der Industrie frondend müssen, nicht wie in der Oberpfalz 27, sondern nur 9 angeklagt und hingerichtet, abgesehen von einigen Prostituierten und einer patriotischen Rektorsgattin, aus einer Zentrumsgegend. Auch die zwei schwersten Verbrecher, die zu 6 resp. 12 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, stammten nicht aus dem roten Mittelranken, sondern aus einer Zentrumsgegend. Trotzdem also in der schwarzen Oberpfalz das Zentrum unumschränkt herrscht und katholische Vereine und Kongregationen überall auf das kuppigste gedeihen, trotzdem die Jugend allenthalben von Zentrumsgewaltigen geleitet wird und der Warrer sich in alles mischt, in allem herrscht, diese hohe Kriminalität. Es muß also um die moralische und stichtliche Qualität der Zentrumserziehung doch eigenartig bestellt sein, umso mehr, wenn man bedenkt, daß man es in den Oberpfälzern mit einem fleißigen, zähen, unwilligen und liber- aus bildungsfähigen Volkstamm zu tun hat.

### Aus Nah und Fern.

**Stilgen der Gesellschaft.** Bei der Sparkasse in Fünfsachsen wurde die Entdeckung gemacht, daß eine hochgestellte Wiener Dame die Sparkasse durch gefälschte Wechsel um 50.000 Kronen geschädigt hat. Die Sparkasse hat von einer Anzeige gegen die Dame Abstand genommen, da sie hofft, daß der Gemahl der Dame die Schuld begleichen wird. — Der Mitinhaber des Budapester Großvorthauses Segal u. Cie, Arur Segal, ist nach Hinterlassung von Verbindlichkeiten in Höhe von einer Million flüchtig geworden. Er wird heftig verfolgt.

**Der gute Ton in allen Lebenslagen.** Im Wahlkreise Salzwedel-Gardelegen ist Junker Jordan von Kröcher in die Stichwahl mit dem Bauernbändler Böhm gekommen und die Gefahr ist groß, daß die agrarische Exzellenz ihren Reichstagsstuhl verliert. Das hat Herrn Kröchers Mitratoren ganz koplos gemacht. Einer von ihnen, der Landtagsabgeordnete General von Dittfurth, beleate alle bürgerlichen Wähler, die nicht Kröcher wählen würden, mit der liebevollen Bezeichnung „Dundsötter“. Das war nicht etwa nur ein falscher Zungenschlag, sondern ist wohlüberlegt ausgesprochen worden, denn der Herr erlaubt sich diese Beschimpfung der Wähler in zwei Versammlungen, einmal in Gardelegen und einmal in Klöße.

Dem Wahlauschuh Kröchers ist nun wohl doch aufgedämmert, daß mit solcher Stichwahl „taktik“ keine Vorbeeren zu ernten sind. Er erteilt eine Erklärung in der es heißt:

Die bebauerliche Entgleisung des Generals a. D. v. Dittfurth in seinen Vorträgen zu Gardelegen und Klöße kam sämtlichen Konservativen überraschend und blieb allen unerklärlich. Exzellenz von Kröcher hat in Klöße sofort gegen die beplagierte Redensart Front gemacht und der unterzeichnete Wahlauschuh verwahrt sich ganz energisch dagegen, in irgendwelchen Zusammenhang mit der ehrenkränfenden Äußerung gebracht zu werden.

Im Grunde ihres Herzens stimmen sicher so manche Agrarier dem aufrichtigen Dittfurth zu, wäre ihnen dessen Äußerung wirklich so zuwider, dann hätten sie sie ihn wohl nicht ein zweites Mal tun lassen. Erst dann dämmerte ihnen auf, welche unliebsamen Folgen sie haben könnte. Der General v. Dittfurth ist übrigens nicht der einzige, der in dieser Weise in dem bisher Kröcherschen Kreise agitiert. Ein Mitator des Bundes der Landwirte legte allen Wählern, die nicht das Glück haben, von reichen Eltern abzustammen, die Bezeichnung „Lumpen“ bei.

**Opfer der See.** Die schweren Stürme der letzten Tage haben sowohl auf dem Atlantischen Ozean wie auch im Mitteländischen Meere zu schweren Schiffsunfällen geführt. Während eines orkanartigen Sturmes ist in der Nähe des äthiopischen Hafens von Fiume der Dampfer „Seto“ untergegangen. Von der aus 26 Personen bestehenden Besatzung konnten nur zwei Mann durch den deutschen Dampfer „Samos“ gerettet werden. — In der englischen Küste ist am Eingang des Hafens von Buckle ein Fischerboot gestrandet. Die beiden Insassen des Bootes fanden in den Wellen ihren Tod.

**Schiffskatastrophe an der schottischen Küste.** Der Dampfer „Wistow Hall“ ist an den nördlich von Aberdeen gelegenen Felsen der schottischen Küste, den sogenannten „Bullers of Buchan“, gescheitert. Von der größtenteils aus östindischen Lastaren bestehenden Besatzung sind nach einer Notschiffung bei dem Schiffbruch der „Wistow Hall“ 53 Mann ertrunken.

**Väterchen Kerkermeister dementieren!** Der kürzlich stattgefundene Hungerstreik der politischen Gefangenen in Bismarck, an welchem 150 Personen teilnahmen, mußte infolge der völligen Erschöpfung der Gefangenen nach vier Tagen abgebrochen werden. Auch dieser letzte verzweifelte Schritt der Gefangenen hat zu keinem Resultat geführt. Noch immer herrscht in dem Gefängnis der Bluthund Tschernowetzki, noch immer werden die Gefangenen aus den niedrigsten Anlässen den fürchterlichsten Exzelenzen unterworfen. Die Greianisse in Bismarck haben nur den Erfolg gezeitigt, daß die Presse sich fortsetzt mit den Greueln in diesem Kerker beschäftigt. Zwar hat die Administration der örtlichen progressiven Zeitung „Blowskaja Schisn“ durch eine hohe Geldstrafe den Mund gestopft — das probateste Argument der russischen Administratoren! — aber in der Residenzpresse werden die Greuel in Bismarck, namentlich infolge des Eingetretens Wladimir Korolenkos, fortgesetzt ertert. Auch die offizielle „Rossija“ hat schon einige Male den Fall behandelt, und nun tritt auch

die Hauptgefängnisverwaltung mit einem spaltenlangen Dementi hervor. Voll der haarsträubendsten Widersprüche, läßt dieses Produkt der Oberkerkermeister des Zaren das Blaue vom Himmel herunter, indem es sich sogar mit den Angaben der konservativen Presse in Widerspruch setzt. Das charakteristischste jedoch ist, daß die Hauptgefängnisverwaltung am Schluß ihrer Ausführungen erklärt, der Gefängnisdirektor in Bismarck habe die Körperstrafen an den Gefangenen in Erfüllung seiner Dienstpflicht „kraft und in den Grenzen der ihm vom Gesetz gewährleisteten Macht“ vornehmen lassen! Die oberste Behörde billigt es also uneingeschränkt, daß der Bluthund Tschernowetzki in 2 1/2 Jahren an 130 Gefangene 5625 Rutenhiebe verabsolgen ließ! Sie billigt alle Greuel, die in dieser Hölle begangen wurden und solidarisiert sich öffentlich mit dem Gefängnisdirektor, dem selbst in der reaktionären Presse die elementarsten Begriffe der Menschlichkeit abgesprochen worden sind. Etwas Schamloseres wie dieses Schwindeldementi hat das russische Gefängnisressort bisher nicht produziert.

**Konservative Tausendmarktscheine für die Sozialdemokratie.** In Bismarck wird folgende sehr interessante Erklärung veröffentlicht: Herr Bohner-Blegnick (der sozialdemokratische Kandidat) ermächtigt uns zu folgender Veröffentlichung: Im Auftrage des konservativen Wahlvereins Löwenberg ist der Malermeister Wegmann aus Löwenberg zum Vorsitzenden des sozialdemokratischen Wahlvereins Herrn Ute aus Bismarck gekommen und hat ihm 500 Mark geboten dafür, daß die Sozialdemokraten für die Stichwahl Stimmenthaltung proklamieren. Ferner bemerkte er, daß es den Konservativen nach der Wahl auf weitere 1000 Mark nicht ankommen werde.

Die Magdeburger „Volkstimme“ berichtet: Einiges Tages sei bei dem sozialdemokratischen Parteisekretär Weiss, dem in der Hauptwahl im Wahlkreise Stendal-Osterburg ausgefallenen Kandidaten, ein Mann erschienen, der sich „Müller aus der Altmark“ nannte. Er habe den Parteisekretär zu bewegen versucht, im Reichstagswahlkreise Stendal-Osterburg Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Wähler durchzusetzen, damit der konservative Kandidat Giesch gewählt werde. Wörtlich soll er hinzugefügt haben: „Es kommt mir auf einige Tausendmarktscheine nicht an, wenn Sie die Stimmenthaltung durchsetzen.“ — Selbstverständlich ist in beiden Fällen den konservativen Burschen, die da glauben staats-erhaltende Bestechungsmethoden bei Arbeitern anwenden zu können, unsanft das Loch gezeigt, das der Zimmermann gelassen.

### Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Arbeiter-Jugend“, Nr. 2.  
„Neue Zeit“, Heft 16.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**5 MAGGI'S Bouillon-Würfel 20 Pfg.**

Man verlange stets ausdrücklich **MAGGI'S** Bouillon-Würfel und weise andere Marken zurück!

„MAGGI's gute, sparsame Küche“.

Nur mit kochendem Wasser übergossen, geben sie augenblicklich delikate Fleischbrühe zu Suppen, Gemüsen, Saucen und Trinkbouillon.



**Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck.**

Einladung zum großen

**Maskenball**

verbunden mit

**humoristischen Aufführungen**

am Sonntag, dem 28. Januar 1912,

in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses, Johannisstraße 50-52.

Prinz Karneval hoch zu Hof.

Öffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Ende 4 Uhr.  
Eintritt 60 Pfg. pr. Person, Mitglieder 40 Pfg.  
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Das Komitee.

NB. Schulpflichtige Kinder und fremde Biertrinker haben keinen Zutritt. Mitglieder werden ersucht Karten im voraus zu nehmen.

Konzerthaus „Flora“.

Sonntag, den 4. Februar 1912:

**Gr. Volks-Maskerade**

Max Sienas.

NB. Verzugskarten sind in der „Flora“ zu haben.

**Gesangverein „Einigkeit“ Schönböcken.**

Einladung zu dem am Sonntag, dem 28. Januar, stattfindenden

**BALL**

verbunden mit Aufführungen und Gesangsbeiträgen im Lokale Steinrader Baum. Kasseneröffnung 7 Uhr. Eintritt für Herren 1 Mk., eine Dame frei. Einz. Damen 20 Pfg. Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand.

**Neues Stadttheater.**

Sonntag, 21. Jan. Nachm. 3 Uhr. 4. Volks-Vorst. Jeder Pl. 50 Pf. Glaube und Heimit.

Schauspiel von Karl Schönherr. Vorverkauf der Billets für diese Volksvorst. Freitag u. Sonnabend je 8-9 Uhr abds. an d. Theaterkasse. Alle Pl. werden ausgelost.

Sonntag, 21. Jan. Abds. 7 1/2 Uhr. Boll-Ab. 106. Neu einstudiert!

**Orpheus in der Unterwelt.** Operette von Jacques Offenbach. Montag, 22. Januar. 7 1/2 Uhr. Boll-Ab. 107. Montag-Ab. 17.

**Hoffmanns Erzählungen.** Oper von Jacques Offenbach.

**Stadthallentheater.**

Sonntag, 21. Januar. 7 1/2 Uhr. **Des Meeres u. der Liebe Wellen** Tragödie von Franz Grillparzer. Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Ros, Rohmarkt 13.

**Deutsch-Metallarbeiterverband**

Verwaltungsstelle Lübeck.

**Einladung zum Ball**

am Sonntag, dem 21. Januar 1912

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang abends 6 Uhr. Anfang abends 6 Uhr.

Eintrittspreis für Herren 50 Pfg., eine Dame frei.

Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garberobe.

Karten sind bei sämtlichen Vertrauensleuten zu haben.

Das Komitee.

**Hansa-Theater.**

Direktion: Reinhold Gollbach.

8 1/2 Uhr.

8 1/2 Uhr.

**Um ein Weib**

Vorher:

Auftreten sämtlicher Spezialitäten.

Sonntag nachmittag 4 Uhr:

Große Schüler- u. Fremden-Vorstellung zu kleinen Preisen.